1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 44 vom 4. November 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

Gefunden ...

... haben die Ermittler nun endlich die Übeltäter im Bestechungsfall Flick. Nicht etwa endgültig überführt, wer wen mit wieviel bestochen hat, da sei Lambsdorff vor und Allparteienbestrebungen. Nein: Wer das alles an die Öffentlichkeit gebracht hat, das „Leck" — das zu suchen, über das zu debattieren ohnehin die ganze Zeit Hauptsorge der etablierten Bonner Parteien gewesen ist. Denn Bestechung, „Honorierung" kommt ja nun alle Tage vor in dieser Republik (nicht immer so viel und nicht immer so plump), aber Leute, die so etwas ans Licht bringen, gibt es leider viel zu selten. Und die haben gestört, deshalb war die Suche auch so wichtig. Für Flick und Lambsdorff, versteht sich.

Beschimpft ...

... fühlt sich der philippinische Diktator Marcos. Die Ruhe, die er sich durch die Ermordung des Oppositionsführers Aquino versprochen hatte, hat er nun wahrlich nicht bekommen, sondern nur noch mehr Ärger. Und da reagiert man dann eben „sensibel" auf andere Größen des Landes. Beschimpft hatte ihn der katholische Erzbischof des Landes, Sin. Ein Ausdruck davon, daß auch in diesem Land ein beträchtlicher Teil der katholischen Kirche zur Opposition übergegangen ist. Der Erzbischof allerdings mit markigen Worten. Er nannten der „Präsidenten" — ein Schwein. Dazu noch eines, das lieber zurücktreten solle, als auf seine anstehende rituelle Schlachtung zu warten. Wenn das schon der Bischof sagt ...

Spendenaufrufe

Zu Spenden für die Opfer des Erdbebens in der Osttürkei hat das Rote Kreuz im Fernsehen aufgerufen — sicher nichts Schlechtes, obwohl schon so manches Spendengeld in die falschen Taschen wanderte.

Aber man hätte nicht vergessen sollen, die Bundesregierung aufzurufen, dafür zu spenden. Geld genug schickt sie ja in die Türkei. Aber nur an Figuren wie Kenan Evren vor einem politischen Erdbeben zu bewahren. Das könnte man ja umleiten ...

Grenada besetzt — Nicaragua bedroht

Stoppt Reagans Amoklauf

Der US-Imperialismus immer aggressiver

Eine Woche nach der verbrecherischen Besetzung der Inselrepublik Grenada, nach dem verstärkten Aufmarsch von US-Truppen in der Karibik, vor Mittelamerika ist für die ganze Region die politische und militärische Lage angespannter denn je. Ronald Reagan, Oberhaupt des US-Imperialismus, hat offensichtlich die Parole ausgegeben, vor der Haustüre, im Vorhof der USA „aufzuräumen".

Die innenpolitischen Schwierigkeiten Grenadas ausnutzend, seine vorübergehende Isolierung, hat Reagan seine Truppen auf die Insel geschickt. Und das freie Nicaragua ist in immer stärkere Umklammerung geraten. Ausgelöst durch das Treiben der reaktionären Contras; gesteuert, finanziert und geplant ist der Kampf gegen Nicaragua auch in Washington.

Die Besetzung der Insel Grenada durch US-Truppen hat weltweite Empörung hervorgerufen. Protestdemonstrationen, noch am gleichen Tage in unserem Land und in vielen anderen Staaten der Erde machen deutlich, daß viele Menschen die Politik des US-Imperialismus richtig einschätzen: Es ist die Politik eines machthungrigen, gierigen Räubers.

Tagelang hieß es, die US-Truppen hätten alles unter Kontrolle, dann wieder: Es wird stand gab, so waren es nach bürgerlichen Meldungen immer nur Kubaner, die sich wehrten. Als gäbe es nicht bei einem so kleinen Vok, wie dem von Grenada keinen Widerstand gegen die Besatzer. Einen Widerstand, den die US-Truppen sogar mit der Bombardierung eines Krankenhauses beantworteten, jedes Mittel ist ihnen recht, um ihre Machtposition zu behaupten.

Und auch in Nicaragua verschärft sich die Lage. Nach immer häufiger werdenden Angriffen der Contras, der Zerstörung des wichtigsten Ölhafens, ist das Land praktisch gezwungen, wie im Belagerungszustand zu leben. Erste größere Versorgungsschwierigkeiten deuten sich an, immer mehr muß in die Verteidigung investiert werden: Menschen und Mittel, die man so dringend benötigte, um das fürchterliche Erbe der gestürzten Somoza-Diktatur zu beseitigen. Die Politik der dauernden Destabilisierung Nicaraguas ist ganz eindeutig darauf gerichtet, die Früchte der Revolution gegen den Diktator von Gnaden der USA kaputtzumachen. Zwei Wege geht der US-Imperialismus heute in Mittelamerika und der Karibik: Neben der offenen militärischen Intervention wie in Grenada arbeitet er noch mit gekauften konterrevolutionären Söldnern, die für ihn das Drecksgeschäft in Nicaragua erledigen.

Noch am Tage der Intervention: Protestdemonstration in Bonn

Diese Tatsachen muß man berücksichtigen, wenn „unser NATO-Partner", wenn die gleiche Macht in den kommenden Wochen beginnen will — mit Zustimmung der Bundesregierung — Westeuropa und vor allem die Bundesrepublik mit neuen Atomraketen vollzustellen. Für was denn eigentlich? Die Vorgänge in der Karibik in Mittelamerika beweisen es uns. Widerstand ist angesagt. Nicht nur moralische Entrüstung. Wie damals zu Zeiten der Aggression in Vietnam darf es für die imperialistischen US-Truppen nirgendwo auf der Welt mehr „Freundesland" geben.

„Gutachten" der Wirtschaftsinstitute

Kapitalisten fordern „Abbau überflüssiger Reglementierung"

Im diesjährigen Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute wird dieses Jahr mehr denn je „Tacheles" geredet. Die Wende ist gut — sie muß nur schneller und intensiver vollzogen werden, so der Tenor, der ja schon von den Stellungnahmen der Unternehmerverbände vorgegeben war. Mit der Kernforderung des Abbaus „überflüssiger" Reglementierungen ist sowohl der Sozialabbau als auch Arbeitsschutzgesetze und die sogenannten Lohnnebenkosten gemeint.

Alles werde aufwärts gehen, so die Prognose, denn die Wirtschaftspolitik sei ja nun die richtige. Ja, diese sogenannten Fachleute sehen sogar den vielbeschworenen Aufschwung schon da. Allerdings: Um sich nicht ein weiteres Mal allzusehr bloßzustellen mit einer Prognose, die angesichts der Wirklichkeit später nur noch lächerlich wirkt, bauen sie gleich sechs (!) Annahmen ein, unter denen ihre Voraussage gelte.

Dabei bauen sie — aus welchen Gründen auch immer — darauf, daß die Zahlungsfähigkeit der unterentwickelten Länder anwachsen werde (obwohl andererseits die Preise für Rohstoffe als gleichbleibend vorausgesetzt werden), daß es zu keiner Verkürzung der Wochenarbeitszeit kommen werde (eine erneute Gelegenheit, gegen die 35-Stunden-Woche zu hetzen), daß der von der Bundesregierung geplante Sozialabbau ohne Einschränkungen durchgesetzt werde, usw. usf.

Nun waren die „Weisen" ja schon immer eindeutige Verfechter der Interessen des Großkapitals, auch wenn hie und da vom Berliner DIW eine abweichende Meinung bekundet wurde. Aber dieses Mal wird



ganz direkt und massiv für die Politik der Regierung Stellung bezogen und lediglich gefordert, sie entschlossener und schneller durchzuführen. Dementsprechend wurde dieses Gutachten auch von den Unternehmerverbänden (die ja vier dieser fünf Institute direkt bezahlen) „begrüßt", was wenig überraschend war. Dabei war fast nur noch von Kostensenkung und Steuererleichterung die Rede, während, wie im Gutachten auch, die ständige Schutzbehauptung, es gehe ja um den Abbau der Arbeitslosigkeit ganz entschieden in den Hintergrund gerückt wurde — eine Veränderung der kapitalistischen Propaganda, die zu registrieren nicht unwichtig sein dürfte.

9. November: 45. Jahrestag der

Reichskristallnacht

Vor 45 Jahren gaben die Hitler-Faschisten mit dem Sturm auf jüdische Häuser und Einrichtungen in Deutschland den Startschuß zum größten Judenpogrom seit dem Mittelalter. „Kristallnacht" nannten sie spöttisch die Aktionen der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, weil dabei soviel zerschlagen wurde, weil danach die Straßen von den Splittern der Fensterscheiben jüdischer Geschäfte übersät waren.

Ein Ereignis, das heute nicht einfach Anlaß für historisches Gedenken sein kann, sondern Mahnung und Aufruf zu aktuellem antifaschistischen Handeln ist.

Zum Widerstand gegen die Umtriebe neuer Nazis — im Verein mit den übriggebliebenen —, die in den letzten Jahren immer neue Höhepunkte der Hetze und des politischen Terrors zeitigten.

Zum Widerstand gegen eine politische Entwicklung, wie sie besonders die nach der letzten Bundestagswahl in Bonn vollzogene politische Wende markiert — eine Entwicklung zur offenen Konfrontation mit der Arbeiterklasse und ihren Vertretungen, des sozialen Kahlschlags, für die den ausschlaggebenden Kreisen des Finanzkapitals nicht einmal die SPD-Regierung mehr brauchbar genug war, eine Entwicklung der beschleunigten Militarisierung der Gesellschaft und der Kriegsvorbereitung.

Zum Widerstand gegen einen speziellen Bestandteil dieser Politik, der bei der Erinnerung an die Reichskristallnacht besonders ins Auge springt: Gegen die Ausländerpolitik Marke Zimmermann, gegen die angekündigte Vertreibung von Millionen ausländischen Mitbürgern, eine Politik, die ein Klima schafft, in dem sich die Nazi-Terroristen besonders wohl fühlen und die eine Zunahme ihrer Anschläge auf Ausländer begünstigt.

„Ausländer raus!" heißt es heute bei den Nazis, die man immer noch gewähren läßt. „Ausländer raus" heißt es, etwas vornehmer umschrieben und viel differenzierter, bei der Industrie und der ihr hörigen Regierung — „Ausländer raus" in dem Maße, wie sie für die Kapitalisten in der Zeit der Wirtschaftskrise überflüssig geworden sind. Erst die Arbeitslosen raus, dann die Familienangehörigen von denen, die man noch braucht, dann ihre zeitmäßig abgestufte weitgehende Ersetzung durch Deutsche, der Rest hat sich unter Aufgabe aller bisherigen persönlichen und nationalen Identität anzupassen.

Erst vor kurzem konnte man auch in bürgerlichen Zeitungen die Aussage eines Ausländers nachlesen: „Ich habe meine persönliche Reichskristallnacht schon hinter mir." Bundesdeutsche Behörden hatten seine Wohnung zerstören lassen. Ähnliche Aussagen gibt es von Ausländern, die dem Nazi-Terror ausgesetzt waren.

Darum stehen auch im Mittelpunkt der verschiedenen Aktivitäten, die zum diesjährigen 9. November angesagt sind, nicht von ungefähr Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit. Das Koordinationsbüro Frankfurter Appell hat bundesweit zu Aktionen aufgerufen, zu denen das Entfernen von Nazi-Parolen gehört.

Alle Antifaschistischen Aktivitäten am 9. November haben unsere volle Unterstützung. Die Genossen der KPD sind aufgerufen, sich nach Kräften daran zu beteiligen. Nutzen wir sie, den Zusammenschluß der antifaschistischen Kräfte in unserem Land weiter zu fördern, unterstützen wir auch die Aktivitäten, die von den Gruppen der Volksfront in diesem Sinne unternommen werden.

5,8 Milliarden

Diese Summe hat Herr Wörner neulich „nebenbei" ausgegeben, bzw. ihre Ausgabe beschlossen. Als er sich mit seinem Kollegen Weinberger bei der Nuklearen Planungsgruppe der NATO traf, wurde halt auch über den alten Plan neuer Luftabwehr-Raketen gesprochen. 700 Patriots soll die Bundesregierung erst einmal bezahlen an die USA, dazu noch Rolands — ergibt eben diese bescheidene Summe. Daß dies jetzt schon einiges mehr ist, als ursprünglich einmal geplant gewesen war, überrascht niemand, der die Gepflogenheiten auf dem militärischen Beschaffungssektor kennt! Da können die Konzerne laufend Preiserhöhungen diktieren — und daß es bei dieser jetzigen Summe bleibt ist, angesichts beispielsweise der „Tornado"-Erfahrungen kaum zu erwarten — dann muß eben ein bißchen mehr Sozialabbau her...

Zitiert — verurteilt

225 Mark Geldstrafe mußte letzte Woche ein Münchner Student bezahlen. Er hatte in einem Brief an die Kreisverwaltung das Vorgehen der Münchner Ausländerbehörde scharf kritisiert. Dabei hatte er unter anderem auch aus einem Dokument des Europäischen Komitees zur Verteidigung der Flüchtlinge und Arbeitsemigranten (CEDRI) zitiert, in dem Parallelen zur Nazizeit bei der heutigen BRD-Ausländerpolitik gezogen werden und dies insbesondere für den „Freistaat Bayern".

Der Richter meinte dazu, da könne zwar was dran sein, aber sagen dürfe man es trotzdem nicht, um sein „weises" Urteil verknappt wiederzugeben. Die Anzeige war übrigens von Münchens OB Kiesl höchstpersönlich gestellt worden...

Kuenheim erpreßt

BMW-Chef von Kuenheim sucht Bataillone. Gegen die 35-Stunden-Woche. Dabei ist er darauf verfallen, einfach das, was die Kapitalisten ohnehin die ganze Zeit tun, einfach dahingehend zu verstärken, daß aus dem ganzen eine regelrechte Erpressung wird.

Aus dem Argument der Kapitalisten, diese Forderung ruiniere sie, macht er folgendes: BMW wolle ja seine Belegschaft vergrößern, ein neues Werk in Regensburg bauen (wovon schon lange die Rede ist). Aber: Ein neues Werk nur dann, wenn es keine 35-Stunden-Woche gibt. Alles klar in Regensburg? Kuschen oder arbeitslos, diese Alternative bietet der feine Herr von, ganz in der Tradition des Raubrittertums an.

Ungesetzlich eingesperrt — folgenlos

Acht Tage lang saßen zwei italienische Staatsangehörige im Frankfurter Gefängnis — ohne jede Grundlage, denn der Richter hatte keinen Haftbefehl unterzeichnet. Die Polizisten und der Vollzugsrichter schickten die beiden in die Zelle — für diese Leute bleibt das ohne Folgen. Es war sozusagen alles ein Irrtum. Selbst wenn das stimmen sollte, zeigt es einiges: Grundlage des Irrtums war nämlich, daß Haftbefehl beantragt war — und alle meinten, er sei, wie üblich, auch ausgestellt worden...

35-Stunden-Woche:

Der Kampf hat begonnen

Endgültig begonnen hat in diesen Tagen der Kampf um die 35-Stunden-Woche. Bei entsprechenden Beschlüssen und Debatten der Gewerkschaftskongresse und die Mobilisierungsarbeit, die in verschiedenen Bereichen der IG Metall begonnen hat, fanden eine massive Entgegnung der Propagandamaschinerie der Unternehmer und Banken. Verschiedenste politische Parteien nahmen Stellung, die Regierungsparteien offen dagegen, die SPD-Führung einmal mehr lavierend. Anzeigenkampagnen und Fernsehdebatten runden das Bild ab.

Nach den beiden Kongressen der IG Metall und der IG Druck hat auch die Postgewerkschaft die Forderung nach der 35-Stunden-Woche erhoben, ebenso wie der Vorstand der HBV, während die GEW ihre Unterstützung bekundete. Dagegen ruft die ÖTV-Vorsitzende Wulf Mathies im neuen „ÖTV-Magazin" zur Diskussion über Arbeitszeitverkürzung auf, ohne direkt zur Auseinandersetzung im DGB Stellung zu nehmen. Dies ist in der konkreten Lage natürlich eine weitere Schwächung der Kampffront der Gewerkschaften, nachdem sich schon einige Gewerkschaftsführer als Spalter hervorgetan hatten.

Was es damit auf sich hat, daß auf dem IGM-Gewerkschaftstag der Antrag des Stuttgarter Bezirks, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit einem Tarifvertrag zum Rationalisierungsschutz zu verbinden, abgelehnt wurde, das macht jetzt der neue Gewerkschaftsvorsitzende Mayr nochmals in einem „Spiegel"-Gespräch deutlich. Dort betonte er, von den entstehenden Kosten könnten ja die Unternehmer die Hälfte wieder über die Rationalisierung reinholen. Da war die klarere Debatte auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier zunächst einmal fruchtbarer, denn da wurde eben eine solche Verbindung beschlossen — wobei gerade hier sich natürlich schon die Frage stellt, ob die IG-Drupa-Führung dieses Mal wenigstens starken Worten auch Taten folgen läßt.

Daß es jetzt darauf ankommt, die Mobilisierung in den Gewerkschaften massiv zu verstärken ist eine Selbstverständlichkeit für jeden aktiven



Gewerkschafter — dabei sind aber solche Äußerungen Rückschläge. Denn natürlich wird es vielen Kollegen zu denken geben, wenn Neueinstellungs- und Erholungsauswirkungen durch Rationalisierungen wieder vernichtet werden. Die weiteren Ausführungen Mayrs, der faktisch einmal mehr diese Forderung in Zusammenhang bringt mit der Profitlage der Unternehmer, die es sich aufgrund steigender Gewinne eben leisten könnten, ist ebenfalls nicht angetan, die Kampffront zu stärken. Denn dieses Argument mag ja stimmen und stimmt für die Monopole meistenteils auch. Aber das wird vor allem in den „krisenbranchen", in mittleren und kleineren Betrieben zu einer starken und nicht einflußlosen Gegenpropaganda führen, die besagen wird, aber hier würden gar keine oder kaum noch Gewinne gemacht usw. Daß dies ein Problem des Kampfes zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse ist, die ihre Schwierigkeiten unter sich regeln soll, dies wird hier wieder einmal in schön sozialpartnerschaftlicher Manier ausgeklammert.

Vor diesen Schwierigkeiten sehen sich die aktiven Gewerkschafter in Betrieb und Gewerkschaft. Aber natürlich wird es auch eine regelrechte politische Schlacht in der Öffentlichkeit geben, wird versucht werden, vor allem, wenn es zu echten Kämpfen kommt, die Arbeiter zu isolieren — die kleinbürgerlichen Anhänger etwa der Unionsparteien voll dagegen zu mobilisieren, unter dem fortschrittlichen Kleinbürgertum Unsicherheit und Schwankung zu erzeugen, um eine Solidarisierung zu verhindern und andere, konkret unbeteiligte Arbeiter abzuspalten.

Gerade deswegen haben die Kommunisten auch hier, über Betrieb und Gewerkschaft hinaus eine große politische Aufgabe, Solidarität mit diesem Kampf zu organisieren, politische Aufklärungsarbeit zu leisten usw. usf. Eine Aufgabe, die jeder wahrnehmen muß, der sich mit dieser Forderung und mit den Arbeiterinteressen im allgemeinen verbunden fühlt. Denn es zeichnet sich jetzt bereits, beim offenen Beginn der Auseinandersetzung ab, was unter anderen auch unsere Partei schon seit langem betont hat: Daß dies ein Kampf von größter Bedeutung auch für die weitere politische Entwicklung wird — ein Sieg hier würde für die Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung wesentlich gesteigerte Möglichkeiten bedeuten, die „Wende" auch in anderen Bereichen zurückzuschlagen. Eine Niederlage wiederum würde dasselbe bedeuten — nur andersherum, für die Reaktion ihren weiteren Vormarsch erleichtern. Gerade weil in so einer Lage das sozialpartnerschaftliche Herangehen die Gefahr einer Niederlage wesentlich vergrößert, haben auch die klassenkämpferischen Gewerkschafter, hat auch die RGO, haben alle oppositionellen Strömungen dieser Richtung hier eine große und wichtige Aufgabe, dazu beizutragen, die Front zu schmieden, den Kampf für die Erfüllung dieser so zentralen Forderung zu stärken.

Erneuter BAG-Prozeß um Betriebsratsrechte

Bundesarbeitsgericht: Grünes Licht für Aushebelung der Betriebsräte?

Bisher ohne größeres Aufsehen in der Öffentlichkeit laufen die Vorbereitungen zu einem wichtigen Prozeß vor dem Bundesarbeitsgericht. Am 8. November wird in Kassel um die Verletzung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates nach§ 87 des Betriebsverfassungsgesetzes verhandelt. Seine Brisanz bekommt dieser Prozeß aber aufgrund eines Urteils, das bereits am 22. Februar gefällt worden war (der RM berichtete).

Damals ging es um einen Prozeß um den § 23 des BVG. Der Inhalt in beiden Fällen, ohne jetzt auf juristische Einzelheiten einzugehen, ist die Frage, was passiert, wenn ein Unternehmer Überstunden anordnet oder entläßt, ohne den Betriebsrat zu fragen bzw. zu informieren.

Im Februarurteil wurde zwar zuerst grundsätzlich unterstrichen, daß der Betriebsrat selbstverständlich ein solches Mitspracherecht habe. Dann aber wurde dies, wie es in einer Stellungnahme der Gewerkschaften hieß, in der nächsten Urteilspassage zum „Muster ohne Wert". Denn wenn es nun einmal ohne Befragung des Betriebsrates geschehen ist, dann sei dies noch kein Grund, dem Betriebsrat automatisch das Recht auf eine einstweilige Verfügung einzuräumen. Auf deutsch: Zwar hat der Betriebsrat ein gewisses Recht, aber wenn er daran gehindert wurde, es auszuüben, kann man halt auch nichts machen. Es sei denn, der Unternehmer habe „grob" gegen seine Pflichten verstoßen. Was immer auch „grob" sein mag, dann gäbe es ein Bußgeld von — 20000 DM. Ein Betrag, der in solchen Fragen wie Überstunden oder Entlassungen sicher keine Rolle spielt, kaltlächelnd bezahlt wird, wenn nötig.

Am 8. November geht es nun darum, ob auch hier ein entsprechendes Urteil gefällt, das Februar-Urteil also sozusagen untermauert wird. Denn das wollen die Kapitalisten, da sich seither verschiedene untergeordnete Arbeitsgerichte in einzelnen diesbezüglichen Prozessen keineswegs an die vom Bundesarbeitsgericht vorgegebene Leitlinie gehalten haben, sondern entsprechende einstweilige Verfügungsanträge von Betriebsräten gebilligt haben.

Auch wenn das alles, mit den ganzen Gesetzesparagraphen, zunächst einmal wie ein enges Fachproblem aussehen mag, so ist es dies doch keinesfalls. Paragraph hin oder her, es geht um die Rechte des Betriebsrats bei solchen Maßnahmen. Und mögen sie auch noch so beengt sein, so hat sich doch in der Vergangenheit bereits in zahllosen Fällen gezeigt, daß dies ein Recht ist, das die Kapitalisten empfindlich stört. Deshalb wollen sie auch alles auf den Paragraphen 23 reduziert haben, der im reformierten BVG von 1972 ihnen eine gute Chance öffnet, direkt, willkürliche Entscheidungen durchzusetzen.

Also geht es darum, ob das höchste bundesdeutsche Arbeitsgericht diese Forderung der Kapitalisten erfüllt — nach seinem bisherigen Wirken, wo sich gerade das BAG immer als besonders linientreue Instanz gezeigt hat ist dies durchaus zu erwarten — und ein weiteres Stück „Wende" vollzieht, einen Schritt zur weiteren Entrechtung der Betriebsräte vollzieht, bzw. sanktioniert.

KOMMENTAR

Heiner Geißler war vor und nach dem Regierungsantritt Kohls schon mehrfach in die Schlagzeilen der Presse gekommen. Seine Schimpfkanonaden waren zu sehr im Stile eines Goebbels abgefaßt, um nicht aufzufallen. In der Regel wurde das bisher so vertuscht, daß man dann den einen oder anderen Grund fand, sei es ein Versehen oder Unkenntnis oder eben einfach „die Hitze des Gefechts", mit dem die Naziparolen dieses Mannes entschuldigt wurden.

Jetzt aber hat er in dieser Hinsicht einen Fehler gemacht: Er hat sich mit inhaltlichen Vorstellungen geäußert. Und da erscheint die bisherige Verwandtschaft gar nicht so zufällig, hat er doch eine alte Losung der NSDAP wieder aufgegriffen: Arbeitslosengeld nur noch für die, die zum Dienst am Vaterland bereit sind.

Das populäre Schlagwort dafür heißt und hieß: Arbeitsdienst. So weit — so gut, so stand es auch in der liberalen Presse.

Geißler und Strauß: Zur Sache gekommen

Franz Josef Strauß seinerseits kritisierte wieder einmal, so heftig wie schon lange nicht mehr, die Bundesregierung. So unterstrich er lauthals seinen nach wie vor bestehenden Anspruch auf ein zentrales Ministeramt in Bonn — mindestens. Aber auch hier ging es diesmal um eine sehr konkrete politische Frage und nicht um allgemeinere Erwägungen über die „Wende" an und für sich, wie bisher. Es ging um den amerikanischen Überfall auf Grenada. Nicht etwa, daß die Bundesregierung auch nur zu jenen Regierungen gehört hätte, die sich distanziert hätten, aber man fand die Sache unklug und dachte dabei wohl auch an so viele Friedensdemonstranten und Amis und Raketen usw. Strauß fand das nun ganz falsch. Der sonst so großmäulige meinte, das hätte man gedurft, den Herrn Reagan kritisieren und man hätte ihn gefälligst fragen sollen. In Bonn entschuldigte man sich nun auch schleunigst dafür, daß man in München nicht um Erlaubnis gefragt habe sozusagen. So weit so gut — auch dies ist weitgehend bekannt.

Das wirklich Interessante an diesen beiden Vorgängen — und man könnte auch noch Lambsdorffs Forderung nach einem Gewerkschaftsgesetz dazu zählen (siehe Seite 4) — ist zweierlei. Zum einen decken hier zentrale Personen des Bonner Regierungsbündnisses zum ersten Mal nach dem Wahlkampf wieder offen politische Karten auf. Und zeigen damit sowohl, wes Geistes Kind sie auch „in der Verantwortung" geblieben sind, als sich auch nachweisen läßt, wie weit bestimmte Positionen inzwischen ausformuliert sind und daß sich Kräfteumgruppierungen andeuten.

Daß Strauß kein Mann des Friedens ist, daß Geißler kein Mann der Demokratie ist, das war in fortschrittlichen Kreisen bereits seit langem bekannt. Daß der eine aber jetzt dazu übergeht, offen Naziforderungen zu vertreten, der andere in Freudengeschrei über einen kriegerischen Überfall ausbricht, das ist ein Zeichen für eine verfestigte Haltung der reaktionärsten Kreise innerhalb der Bonner Koalition. Daß dies beim einen mit versteckter, beim anderen mit ganz offener Kritik an der Bundesregierung geschieht (weil all die von ihr beschlossenen reaktionären Maßnahmen einigen Kräften immer noch nicht schnell genug geschehen) das ist in solcher Klarheit neu.

Wie läppisch klingen dagegen die Beschwichtigungsformeln eines Hans-Jochen Vogel. Der immer noch so tut als habe er die ganzen US-Überfälle auf Iran und Guatemala, auf Santo Domingo und Vietnam, auf Kambodscha und Laos nicht mitbekommen, als habe er noch nie gehört, daß es schon mal Putsche gegeben habe soll, die vom CIA finanziert und organisiert wurden, wie von Strauß Freund Pinochet. Die reaktionärsten Kräfte fordern ein „Anziehen" des Regierungstempos, das ist der gemeinsame Nenner. Sie fordern von Kohl mehr Härte.

Während Strauß Kriegsjubel will und Geißler den Arbeitsdienst, zeigt sich Vogel „überrascht" oder „enttäuscht". Front gegen diese neue Propagandawelle machen muß man, und mag dann Vogel auch „doppelt enttäuscht" sein, weil sein Lavieren von niemandem honoriert wird. Strauß und Geißler (und Lambsdorff) sind „zur Sache gekommen". Und sie werden noch ganz anders zur Sache kommen, wenn man sie nicht daran hindert.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Der folgende Beitrag wurde uns aus Westberlin zugesandt. Wir veröffentlichen ihn als ein sehr interessantes Beispiel für das Engagement von Gewerkschaftern und Betriebsbelegschaften im Kampf um die Erhaltung des Friedens.

BMW-Arbeiter gegen Kriegsvorbereitung und Rüstungsproduktion

Redebeitrag des Kollegen Rainer Knirsch, Betriebsrat bei BMW in Berlin-Spandau und Gewerkschafter der IG Metall, auf der Volksversammlung gegen die Stationierung neuer Atomraketen, für Abrüstung in West und Ost, am 22. Oktober 1983 vor dem Schöneberger Rathaus in Westberlin (ungekürzt).

Kolleginnen und Kollegen!

Die kleine Veranstaltung der Kollegen von Osram, Siemens und BMW am 19. Oktober zusammen mit den „Künstlern für den Frieden" improvisiert, war eine gute und richtige Initiative. Das war vor den Toren der Siemens-Werke. Und was war in den Betrieben der Metall-Industrie los?

Da wollen wir uns noch einmal an die fünf Mahnminuten am 5. Oktober erinnern. Warum? Weil das ein guter Anfang war. Denn diese fünf Mahnminuten vor 12 waren in den Betrieben ein Politikum!

Bei Schleyers Tod, Mauerbau, 17. Juni-Rebellion — da paßte es offenbar den Herren Unternehmern ins Konzept, da hatten sie überhaupt nichts gegen Politik im Betrieb; ja, im Gegenteil: Da waren sie geradezu für politische Manifestationen auf Werksgelände!

Kolleginnen und Kollegen!

Auch wenn die fünf Mahnminuten weit entfernt liegen vom Generalstreik, so haben die Kapitalisten doch versucht, selbst den Aufruf des DGB zu kriminalisieren, die Bekanntmachung in Betriebsversammlungen als „Parteipolitik" zu verbieten und die Durchführung dieser symbolischen, politisch-moralischen Aktion zu verhindern.

Trotz dieses Verbots haben die bewußten Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden in mehreren, auch in großen Metallbetrieben Westberlins, zu Hunderten kurze Kundgebungen auf dem Werkshof oder Versammlungen in der Werkskantine durchgeführt, zum Beispiel bei KWU, bei Daimler, bei Solex, bei Berthold.

Bei Bekum haben die Kollegen die fünf Minuten zu einer halben Stunde ausgedehnt, nachdem ein Kollege fünf Minuten vor 12 die Werkssirene als Friedenssignal eingeschaltet hatte. Die Verwarnung durch die Geschäftsleitung nahm er dafür gern in kauf.

Bei BMW haben die Kollegen in den Abteilungen, wo gearbeitet wurde, zu 80 Prozent die fünf Mahnminuten befolgt. In der Kantine der Halle 6 bei BMW hing den ganzen Tag über eine meterlange Wandzeitung mit Fotos von schrecklichen Gesichtsverletzungen aus dem Krieg und der eindringlichen Warnung, einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Kolleginnen und Kollegen!

Ihr könnt sicher sein: Die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden im BMW-Motorenwerk, sie wollen niemals wieder Motoren für JU 52-Bombenflugzeuge, niemals wieder Motorräder gegen Stalingrad bauen! Wenn nicht die Millionäre, sondern die Millionenmassen der abhängig Beschäftigten die Macht hätten, dann wäre überhaupt Schluß mit der Kriegsproduktion in deutschen Fabriken! Weil wir leben wollen, kann es für uns nicht nur zum 1. Mai, nicht nur zum 1. September, sondern muß es das ganze Leben lang heißen: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!"

Kolleginnen und Kollegen!

Stellen wir uns nur einmal vor: Die Bundesrepublik und Westberlin in einer atomwaffenfreien Zone von Griechenland, Österreich, Schweiz bis nach Dänemark und Schweden. Das hieße aber auch: Raus aus der NATO! Und wäre nicht eine neutrale Bundesrepublik der beste Garant für den Frieden? Und Westberlin dann nicht mehr eine Frontstadt des kalten Krieges, ein Pfahl im Fleisch der DDR, sondern eine Stadt des Friedens?

Für dieses Ziel, Kolleginnen und Kollegen, können wir kämpfen in unserem Land; dafür müssen wir kämpfen in unserem Land. Denn die Sache des Friedens, das ist die Sache unseres Lebens, und die können wir nicht anderen überlassen. Nehmen wir den Frieden in unsere eigenen Hände. Darum: Nein zur Stationierung von Pershing II! Nein zur Stationierung von Cruise Missiles!

Und wieviel sicherer würde der Frieden, Kolleginnen und Kollegen, wenn auch die Kollegen in der DDR, im anderen Teil Deutschlands, für die Verschrottung aller Atomwaffen in ihrem Staat kämpfen; um wieviel sicherer würde der Frieden, wenn auch die DDR aus dem Warschauer Pakt austritt und damit die neutrale Zone zwischen den Blöcken noch viel größer wird.

Kolleginnen und Kollegen!

Wenn die Fabriken, in denen wir arbeiten, wenn die Stadt, in der wir leben, wenn unser Land wieder in Schutt und Asche liegen, wenn wieder Not und Elend herrschen, wenn diesmal aber ganz sicher die Überlebenden die Toten beneiden und Selbstmord begehen werden, weil sie die Schrecken der Wirklichkeit nicht mehr ertragen können — dann ist es wirklich zu spät, dann ist es aus und vorbei.

Gegen alle Nachrüstungs-Politiker, gegen alle Kriegstreiber bleibt es darum dabei: Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden.

Kolleginnen und Kollegen!

Und darum kann doch eine symbolische Blockade von Militäreinrichtungen niemals „politische Hirnrissigkeit" sein. Es ist demokratisch und legitim, auf diese Weise den Friedenswillen zu demonstrieren — egal, ob gegen US-amerikanische oder sowjetische Kasernen auf deutschem Boden!

Hirnrissig in der Tat ist doch allein der Rüstungswahnsinn: Höchstprofite für die Herren der Kriegsindustrie, für uns aber der Sozialabbau.

Hirnrissig sind die Massenvernichtungswaffen, die lebensbedrohenden Atomraketen — egal welcher Bauart.

Kolleginnen und Kollegen!

Für uns Arbeitende steht fest: Keine Atomraketen in Deutschland — weder in Ost noch in West!

Weil sie für den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland eintreten:

Drei französische Soldaten in der Pfalz inhaftiert

Abzug aller fremden Truppen aus ganz Deutschland! Bei uns damit beginnen! — Das sind Forderungen der KPD im Friedenskampf. Forderungen, die auch von anderen politischen Organisationen und Kräften aufgestellt werden. Forderungen, für die die Bundesregierung nichts tut — und die auch in den politischen und militärischen Zentralen der betroffenen Mächte nicht beliebt sind. Das bekamen vor kurzem drei französische Soldaten zu spüren, die sich eben für diese Forderung eingesetzt haben. Zu diesem Fall erhielten wir den hier abgedruckten Brief.

„In den beiden Wochen vor den Volksversammlungen für den Frieden am 22. 10. wurden drei in der BRD stationierte französische Soldaten verhaftet. Sie haben zur Unterstützung der Herbstmobilisierungen der Friedensbewegung einen Aufruf für den Rückzug aller fremden Truppen aus beiden Teilen Deutschlands, darunter der französischen Truppen aus der BRD, unterzeichnet.

Der Aufruf richtete sich an die in der BRD stationierten Soldaten und hat folgenden Wortlaut:

'Soldaten! Man hat uns Hunderte von Kilometern von unserem Heimatort entfernt versetzt, ohne uns zu fragen. Wir leben hier unter den schwierigsten materiellen und menschlichen Bedingungen.

Zusammen mit der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands und mit allen Völkern Europas weigern wir uns, Geiseln und Neutronenfutter in den Kriegsplänen der NATO zu sein.

38 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs stehen Hunderttausende von Männern als Besatzertruppen in beiden Teilen Deutschlands. Wir sind für den Rückzug aller fremden Truppen aus Deutschland.

Französische Truppen, raus aus der BRD!'

Die drei Soldaten sind einfache Wehrpflichtige. Es handelt sich um: Laurent Fritz vom 32. Pionierregiment, Kehl; Olivier Leclur-Grandmaison vom 32. Pionierregiment, Kehl; Etienne Patoor vom 13. Pionierregiment, Trier.

Alle drei sitzen zur Zeit in Untersuchungshaft im Militärgefängnis Landau/Pfalz. Zunächst wurden sie angeklagt der Anstiftung zum Ungehorsam, was zwei bis zehn Jahre Gefängnis bedeutet hätte. Diese Anklage wurde fallen gelassen. Sie lautet jetzt auf Anstiftung von Armeeangehörigen zur Disziplinverletzung und auf Verdacht, die Zeitschrift des Soldatenkomitees hergestellt und verbreitet zu haben. Dafür droht ihnen sechs Monate bis zwei Jahre Gefängnis. Das Militärtribunal Landau ist das einzige Ausnahmegericht, das es heute noch in der Französischen Armee gibt.

Offiziere der Militärpolizei Landau haben in den Heimatwohnungen der Soldaten und ihrer Freunde Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dabei haben sie vor allem nach Verbindungen zur westdeutschen Friedensbewegung gefragt."

In diesen Tagen sind Millionen Menschen für den Frieden auf die Straße gegangen. Heute, wo es im Libanon ein Massenmorden gibt und in Mittelamerika die militärische Intervention geprobt wird, bedeutet es eine besondere Stärkung der Friedensbewegung, wenn Soldaten Nein sagen zum Krieg. Diese Soldaten dürfen nicht allein gelassen werden! Sie brauchen die tatkräftige Unterstützung der Friedensbewegung.

In Frankreich, in den Heimatorten der Soldaten, Straßburg, Paris und Metz, haben sich Solidaritätskomitees gebildet, die sich zusammensetzen aus den Angehörigen und Freunden der verhafteten Soldaten. Sie werden unterstützt von Friedensinitiativen und von politischen Organisationen.

Die Solidaritätserklärung, die auch Ihnen mit dieser Post zugeschickt wird, haben über 100 bekannte Persönlichkeiten in Frankreich unterzeichnet. Die aufgeführten Erstunterzeichner stellen nur eine Auswahl dar. Auf den Friedensdemonstrationen in Frankreich am Wochenende konnten 5000 Unterschriften gesammelt werden. Über 200 Solidaritätstelegramme wurden bereits an die Soldaten geschickt.

In der Bundesrepublik haben mehrere Tageszeitungen, darunter die „Frankfurter Rundschau", die „Süddeutsche Zeitung", die „Badischen Neuesten Nachrichten" und die „Tageszeitung" im Verlauf der Aktionswoche eine kurze Meldung über die Verhaftung der Soldaten gebracht. Auf den Volksversammlungen am 22. 10. konnten 3000 Unterschriften unter die Solidaritätserklärung aus Frankreich gesammelt werden; täglich treffen neue Unterschriften aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, von Vertretern politischer Organisationen ein.

Die Friedensinitiativen aus der Region Landau/Karlsruhe haben die Solidaritätserklärung einstimmig unterstützt und sind dabei, Besuche der Soldaten im Gefängnis sowie Solidaritätsaktionen zu organisieren.

Wir bitten Sie: Unterstützen Sie durch ihre Unterschrift unter die beiliegende Solidaritätserklärung die Forderung nach Freilassung der Soldaten. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie auch andere Unterzeichner gewinnen können.

Senden Sie Solidaritätstelegramme an: Laurent Fritz, Olivier Lecour-Grandmaison, Etienne Pator
Quartier Mangin
Dorenbergstr.
6740 Landau•Pfalz

Solidaritätserklärung

Drei junge französische Soldaten, Laurent Fritz und Olivier Lecour-Grandmaison vom 32. Pionierregiment, Kehl, und Etienne Patoor vom 13. Pionierregiment, Trier, wurden in den Tagen der Mobilisierung der Friedensbewegung gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen vor das Militärtribunal in Landau/Pfalz gestellt. Dies ist das einzige Ausnahmegericht, das es in der französischen Armee noch gibt.

Ihnen wird vorgeworfen, im Rahmen der Friedensmobilisierungen einen Aufruf für den Rückzug aller fremden Truppen aus beiden Teilen Deutschlands, darunter auch der französischen Truppen aus der BRD, unterzeichnet zu haben.

Wie immer man zu der Forderung steht, rechtfertigt dies in keinem Fall die eingeleiteten Verfolgungsmaßnahmen, die eine schwere Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit darstellen.

Die Unterzeichneten fordern die sofortige Freilassung der Soldaten und den Verzicht auf jede Verfolgungsmaßnahme.

20.10.1983

Diese Erklärung hat inzwischen auch die KPD unterzeichnet.

Kontaktstelle für die Solidaritätsbewegung: Angela Klein, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1.

Wir bitten unsere Leser, die RM-Redaktion über eventuelle Aktivitäten zu unterrichten.

Mehr Angst vor dem Volk als vor der Stationierung?

Am Donnerstag, den 26.10.83 fand in Bonn ein Hearing über die konsultative Volksbefragung gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik statt. Aktueller Anlaß: kurz zuvor war dem Bundestag offiziell ein Gesetzesentwurf der Abgeordneten der GRÜNEN über die Durchführung einer solchen konsultativen Volksbefragung vorgelegt worden. Eingeladen zu dem Hearing hatten der BBU, Aktion Sühnezeichen, die Gustav-Heinemann-Stiftung und das Komitee zur Verteidigung der Grundrechte. Gekommen waren einige wenige Abgeordnete der SPD und der GRÜNEN und einzelne Vertreter der Presse und anderer Organisationen.

Die Debatte in diesem Hearing brachte ein Stück Klarheit darüber, warum es bisher trotz erheblicher Anstrengungen, trotz 500000 beim Koordinierungsausschuß eingegangenen Unterschriften zum Beispiel, nicht gelungen ist, in der Öffentlichkeit in ähnlicher Weise eine Stimmung für die Durchführung der konsultativen Volksbefragung gegen die „Nach"-Rüstung zu schaffen wie seinerzeit für die Ablehnung der Volkszählung: vor allem deshalb, weil die Sozialdemokratie relativ geschlossen die Durchführung einer solchen konsultativen Volksbefragung politisch bekämpft. Und zwar eben nicht nur Stationierungsbefürworter wie Helmut Schmidt, sondern auch Stationierungsgegner. So gab es auch auf dem Hearing in Bonn keinen einzigen Abgeordneten der SPD, der sich für die Verabschiedung eines Gesetzes über die Durchführung einer konsultativen Volksbefragung aussprach.

Es ist nachgerade absurd. Obwohl völlig klar ist, daß der Bundestag sich mehrheitlich für die Stationierung aussprechen wird; obwohl völlig klar ist, daß diese Entscheidung des Bundestages der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung widerspricht; obwohl völlig klar ist, daß es innerhalb des Bundestages keine Möglichkeiten mehr gibt, andere Meinungsverhältnisse zu erreichen und die einzige Chance, einen Beschluß gegen die Stationierung zu erreichen, darin besteht, wenn man die Meinung und den Willen der Mehrheit der Bevölkerung in relevanter Weise zum tragen bringt, sind die „Nach"-Rüstungsgegner unter den SPD-Abgeordneten trotzdem gegen die Durchführung der konsultativen Volksbefragung. Warum? Weil sie selbst in dieser weiß Gott nicht großartigen Erweiterung der Möglichkeiten der Bevölkerung, auf die Politik Einfluß zu nehmen, vor allem ein Stück Entmachtung des Bundestages und damit eine potentielle Gefährdung der Demokratie sehen. Warum? Weil sie alle davon ausgehen, wie bei diesem Hearing sehr deutlich wurde, daß das Volk in seiner Gesamtheit nur eine politische Reserve für die Reaktion, nicht aber für fortschrittliche und demokratische Politik ist. Diese Haltung führt heute dazu, daß diese Abgeordneten aus lauter Angst vor der Bevölkerung das sichere „Ja" im Bundestag zur Stationierung in Kauf nehmen. Diese Haltung der SPD hat in Weimar noch ganz andere Konsequenzen gehabt.

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung einer konsultativen Volksbefragung zur Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missile) in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Vor einer Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missile) in der Bundesrepublik Deutschland wird eine Volksbefragung durchgeführt.

(2) Mit der Volksbefragung soll der Wille der zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Bevölkerung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen ermittelt werden.

§ 2

(1) Der zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland werden die beiden in Absatz 2 genannten Alternativen zur Abstimmung durch Ankreuzen vorgelegt.

(2) 1. Ich lehne die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missile auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ab.

2. Ich bin dafür, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland neue atomare Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missile stationiert werden.

§ 3

(1) Für die Durchführung der Volksbefragung gelten die Grundsätze der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl. Das Bundeswahlgesetz findet sinngemäß Anwendung.

(2) Entsprechend der Briefwahl ist eine Abstimmung durch Brief zulässig.

(3) Der Bundesminister des Innern erläßt die zur Durchführung der Volksbefragung notwendigen Vorschriften.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Bonn, den 24. Oktober 1983

Auch wenn der Gesetzesentwurf der GRÜNEN im Bundestag mit Sicherheit nicht mehr durchzubringen ist, sollten wir in den nächsten Wochen trotzdem über dieses Problem möglichst breit diskutieren. Denn es geht nicht nur um die Stationierung. Es geht auch um die Frage: Wieviele Abgeordnete, die sich als Vertreter des Volkes begreifen, haben wir eigentlich im Bundestag?

„Sozialpartnerschaft lohnt sich nicht!"

Auszug aus „Stell Dir vor, die Werften gehörn uns..."

Der im folgenden veröffentlichte Auszug aus dem Artikel „Sozialpartnerschaft lohnt sich nicht", den der BR-Vorsitzende von AG Weser, Hans Ziegenfuß, in dem genannten VSA-Buch schrieb, beschließt unsere kleine dokumentarische Reihe zu den Werftbesetzungen (siehe nebenstehenden Begleittext). Wir veröffentlichen gerade diesen Text vor allem deshalb, weil wir meinen, daß dabei einigermaßen deutlich wird, was er meint, wenn er son ver Sozialpartnerschaft spricht, die sich nicht lohnt.

Uns schien, als hätten wir immer Einfluß gehabt

1975/76 gab es den ersten gezielten Personalabbau. Es wurde eine „Ausgleichsregelung" vereinbart. Der Vorstand wollte auf jeden Fall das Wort Sozialplan vermeiden, um nicht den Eindruck zu erwecken, die AG „Weser" stecke im Vergleich zu anderen Werften in der Krise. Bei dieser Ausgleichsregelung gab es auch schon die erste 59er Aktion. Wer über 59 Jahre alt war, konnte sich erst ein Jahr arbeitslos melden und dann in Rente gehen. Der Betrieb zahlte einen Ausgleich zum Arbeitslosengeld. Die niedrigere Rente mußte der Betreffende in Kauf nehmen. Von der ersten Welle des Personalabbaus waren insbesondere die ausländischen Kollegen betroffen, die sich häufig freiwillig meldeten, gab es doch für sie eine Sonderzahlung für den Heimflug und für die Auflösung des Haushaltes. Das war ein starker finanzieller Anreiz, bei uns „in den Sack zu hauen". Aber sie fuhren nicht in die Heimat, sondern blieben in Bremen und wechselten zu einem anderen Arbeitgeber.

Die erste Abteilung, die aufgelöst wurde, und zwar bei Nacht und Nebel, war die Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Sie hatte eigentlich ihre Aufgabe sehr erfolgreich wahrgenommen, z.B. für die Entwicklung eines eisgängigen Tankers oder eines Katamaran-Containers, sowie neue Antriebssysteme im Schiff. Diese Abteilung schien dem Vorstand auf einmal unwichtig zu sein. Man wollte sparen und hat dann eben im Gemeinkostenbereich angesetzt. Im nachhinein betrachtet war das eine törichte Sparmaßnahme. Man verbaute sich die Zukunftschance, die Werft aus eigener Kraft mit eigenen Ideen auf andere Produktion umzustrukturieren.

1977 gab es den ersten richtigen Sozialplan, der auch als solcher bezeichnet wurde. Damit wurde die Schiffbaukrise vom Vorstand offiziell anerkannt. Es lief alles nach dem Motto, wir müssen sparen, wir müssen weniger werden, damit die „vorübergehende Krise" überstanden wird. Der Vorstand erklärte der Belegschaft, seine Krisenstrategie sei mit einem Hamster zu vergleichen, der sich im Herbst fett und vollgefressen in die Erde verkriecht und im Frühjahr schlank und voller Tatendrang wieder an die Oberfläche kommt. Der rigorose Personalabbau sollte als natürlich, niedlich und als gesund verharmlost werden. Heute ist der Hamster ein Skelett.

Im ersten Interessenausgleich und Sozialplan ging man davon aus, daß die Krise 1978 beendet ist. Dann sollte sie 1979, schließlich 1981, 1983... beendet sein. Unser gegenwärtig gültiger Interessenausgleich geht noch davon aus, daß die Krise bis 1984 anhalten wird. Bald wird man sie bis 1986 fortschreiben.

Es ist dann ein „Strukturkreis" eingerichtet worden — der Personalabbau wurde schon immer mit Umstrukturierung der Werft umschrieben. Dem Strukturkreis gehörten als Vorsitzender der technische Direktor, alle Systemleiter und außerdem 4 Mitglieder des Betriebsrates an. Wir trafen uns einmal in der Woche und besprachen, was geändert werden sollte. Dabei haben wir auch unsere Meinung sagen können. So schien es uns, als hätten wir Einfluß auf die Unternehmensstruktur gehabt. Wir haben auch Veränderungen durchgesetzt, den Personalabbau haben wir aber nicht verhindern können. Wir kamen uns als große Mitbestimmer vor, weil der Betriebsrat an Zutritt zu jedem anderen Arbeitskreis des Betriebes hatte. So konnte er stets in der Verantwortung gehalten werden, ohne wirklich bedeutende Veränderungen in der Unternehmenspolitik zu erreichen. Dieses Mitbestimmungsgefühl zu stärken, war das Ziel des Vorstandes, indem er dem Betriebsrat im Organisationsplan in Höhe des Vorstandes angesiedelt und ihn durch die Art der Darstellung des Organisationskästchens hierarchisch unabhängig machte.

1977 ging der Betriebsratsvorsitzende in Rente und ich wurde als sein Nachfolger gewählt. Damit fand ein Generationswechsel statt, der auch die Arbeitsweise des Betriebsrates veränderte. War es bisher üblich gewesen, daß der Betriebsrat mehr als eine Art Parlament die Meinungen des Vorsitzenden und des Betriebsausschusses zur Kenntnis nehmen durfte, so sollten nun alle Betriebsratmitglieder stärker an der Meinungsbildung beteiligt werden. Gegenüber dem Unternehmen haben wir zunächst weiter darauf gesetzt, in Verhandlungen sozialpartnerschaftlich das Beste für die Belegschaft herauszuholen.

Bis 1979 haben wir im Vertrauen darauf, daß die Vorstände das uns immer wieder zugesagte Ziel „die Krise zu meistern" erreichen, uns an insgesamt vier Modellen beteiligt, obwohl sie jeweils auch weiteren Personalabbau vorsahen.

Unser Bestreben nach einem guten Sozialplan für die Opfer der Personalreduzierung war 1977 erfüllt. Dieser Sozialplan galt für alle weiteren Modelle. So ein Sozialplan hat allerdings seine Tücken, wie wir heute wissen. Er war offenbar in den Leistungen für die Belegschaft so attraktiv, daß es während der gesamten Personalreduzierungen bis 1979 von 2000 Arbeitsplätzen kaum zu Entlassungen kam.

Die Sozialpartnerschaft geht zu Ende

Ende 1979 schied dann auch der Vorstandsvorsitzende aus, der die sozialpartnerschaftliche Umgehensweise im Betrieb als Managementtaktik perfektioniert hatte. Er war über seine ständig wechselnden Marktprognosen gestolpert. Mit seinem Weggehen lösten wir uns endlich aus der sozialpartnerschaftlichen Umklammerung. Der neue Vorstandsvorsitzende kam von der Seebeck Werft in Bremerhaven. Er gehörte dem Unternehmen mehr als 25 Jahre an und fühlte sich besonders dem Krupp-Konzern verpflichtet. Seiner Meinung nach war die Bremer Werft im Vergleich zur Seebeck Werft zu teuer und überhaupt nicht in der Lage, etwas anderes als Tanker herzustellen. Er bezeichnete die Werft als Scherbenhaufen, für den man eigentlich keine Hoffnung mehr haben dürfte. Trotzdem wolle er aber versuchen, für Krupp zu retten, was noch zu retten sei.

Wir haben zuerst versucht, den Widerstand auf dem Rechtsweg zu organisieren. Damit haben wir Schiffbruch erlitten und erkannt, wie wenig im Ernstfall das Betriebsverfassungsgesetz zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen ausreicht. Auch hatten wir im Gegensatz zu früher öfter die Einigungsstelle eingeschaltet. (...)

Schwierig ist die Situation für die IG Metall. Die IG Metall muß eine Perspektive zeigen und zwischen den widerstreitenden betrieblichen Interessen vermitteln. Die IG Metall ist heute gegen eine Standortbereinigung, gegen den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen, sie hat im Kern die gleichen Forderungen, wie sie die beiden Betriebsräte auf ihrer Wochenendklausur im Juni 1982 vertreten haben.

Die IG Metall ist in den Aufsichtsräten der AG „Weser" und des Vulkan vertreten. Die Begründung für externe Vertreter im Aufsichtsrat ist ja gerade, daß sie einen Beitrag leisten, um die innerbetriebliche Kirchturmspolitik zu überwinden. Doch bisher ist zu wenig getan worden, um eine koordinierende Funktion ausüben zu können, um gemeinsame Perspektiven aller Werftbeschäftigten zu formulieren. Wenn das nicht gelingt, wird der Konflikt zwischen den Betrieben stärker aufkommen, denn es ist nicht einfach, in einer solchen Situation, wo zwei Betriebe gegeneinander stehen und es um die Existenz von weit über 1000 Familien oder gar aller geht, die bisherige gemeinsame Arbeit zwischen den Betriebsräten aufrechtzuerhalten. Mir ist schon vorgeworfen worden, ich sei als AG „Weser" Betriebsrat eher ein Vulkanese. Der Konflikt kann leicht größer werden. Es besteht die Gefahr, daß das Mißtrauen allseitig wächst und solidarisches Handeln immer schwieriger wird. (...)

In einer Zeit, in der Organisationen und Parteien anfangen, ihre Mitglieder zu zählen, Beiträge finanzieller und ideeller Art zu summieren, um davon Entscheidungen abzuleiten, zählen Köpfe. Deshalb war es falsch, nicht von Beginn an um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Es war auch falsch, auf den Rat derer zu hören, die den sozialpartnerschaftlichen Weg empfohlen haben. Wären wir ihn weiter gegangen, brauchten wir heute gar nicht mehr über Fusion oder andere Krisenlösungen reden, denn gäbe es die AG „Weser" in Gröpelingen vielleicht schon gar nicht mehr.

Es hat sich deshalb gelohnt, trotz alledem Widerstand zu leisten!

Der letzte Stapellauf bei AG Weser

Lambsdorff greift wieder an

Eine der ersten offiziellen Reaktionen auf die drei Gewerkschaftskongresse (Metall, Druck, Post) kam vom Wirtschaftsminister. Diese Kongresse, vor allem die in Nürnberg gefaßten Beschlüsse der IG Druck und Papier, zeigten ganz deutlich, so der adlige Flick-Freund, daß ein Verbändegesetz her müsse.

Verbändegesetz: Damit ist ein Gesetz gemeint, ähnlich dem in England, mit denen allen möglichen Vereinigungen, speziell aber den Gewerkschaften, die alleinige Bestimmung über ihre Satzung genommen wird. Mit anderen Worten: Die Bonner Regierung könnte mit so einem Gesetz den DGB-Gewerkschaften weitgehend ihre Satzungen vorschreiben, wann gestreikt wird beispielsweise kann in so einer Satzungsvorschrift behandelt werden.

Das wäre natürlich eine wahre Freude für die Freunde des Herrn Lambsdorff. Eine Gewerkschaft, deren Tätigkeit per Gesetz von der Regierung geregelt werden kann, ist in vielen Unternehmerhirnen ein echter Wunschtraum.

Und er kommt zur Sache. Nicht, daß es darum ginge, die jetzt sofort durchzusetzen. Aber es gehört zu seinem Forderungskatalog für das, was er als erster Bonner Politiker inhaltlich für die „Wende" beschrieb. Die ganzen Streitereien und Zusatzvorschläge eines George oder gar eines Albrecht findet der Graf nicht so wichtig. Das alles habe er schon im Herbst 82 geschrieben, entweder direkt oder doch mindestens im Prinzip, so betonte er erst kürzlich, er habe ja schließlich mit seiner Stellungnahme die alte Regierungskoalition platzen lassen. Das werde man jetzt nach und nach machen. Worauf es jetzt ankomme, sei, darüber hinaus politische Zielsetzungen zu formulieren.

Also geht er daran und kommt als erster mit einem Gewerkschaftsgesetz. Was natürlich in eine Reihe gehört mit den Überlegungen aus CDU-Arbeitsgruppen zur Rechtspolitik, die das Einspruchsrecht vor Verwaltungsgerichten entscheidend beschneiden wollen.

Die eine zielt auf Bürgerinitiativen usw., die so manche „Investition" der Atomindustrie vor allem blockieren, das andere zielt gleich direkt auf die Gewerkschaften.

Beides wären große Schritte in Richtung darauf, aus diesem Staat nach und nach einen anderen zu machen, die bürgerliche Demokratie, so beengt sie auch sein mag, weiter zu amputieren. Und dabei wäre ein solcher Schlag gegen den DGB, der ja die Bundesregierung zum Satzungswächter machen würde, von allergrößter Bedeutung.

Nicht, daß er das offen sagen würde, das hat auch Frau Thatcher nicht gemacht. So wie es den CDU-Leuten bei ihrem Plan „natürlich" nur um die Überlastung der Gerichte geht, so geht es ausgerechnet dem Wirtschaftsgrafen um — um was wohl? Um die Rechte der Gewerkschaftsmitglieder natürlich, was denn sonst?

Er will nicht haben, daß die Mitglieder vom Vorstand ständig zu Streiks gezwungen werden können, sagt er, und genau dies sei nach den Nürnberger IG-Drupa-Beschlüssen die Möglichkeit. Ohne Urabstimmung streiken, sei unmöglich, ließ er kundtun. Daß er mit Urabstimmung streiken genauso unmöglich findet, hat er allerdings in der Vergangenheit oft genug betont, er findet streiken überhaupt unmöglich, und jetzt sieht er die Chance, was dagegen zu machen.

Und zwar eben nicht nur, wie es die Unternehmer seit langem fordern, nur auf der Ebene der Warnstreiks oder mit dem Erpressungsmittel der Aussperrung, sondern weitergehend und grundlegend.

Ist erstmal ein solches Gesetz verabschiedet, kann es zunächst noch so „weich" erscheinen. Die Möglichkeit es zu erweitern, zu ergänzen, anzupassen, zu „novellieren", wie es in Bonn heißt, ist dann gegeben, was heißt, daß man es nach Bedarf verschärfen kann.

Die Sache ist nun in die Öffentlichkeit lanciert worden und es wird nötig sein, alles, was sich an dieser Front tun mag, aufmerksam zu verfolgen, um rechtzeitig die Abwehr solcher Pläne organisieren zu können. Denn dies ist ein Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes, und sie ist es auch, die deshalb dementsprechend handeln muß.

Zur Auswertung der Werftbesetzungen (IV)

Nach dem Ende der Besetzung von HDW in Hamburg und AG Weser in Bremen haben wir bereits eine ganze Reihe von Auswertungsversuchen, Stellungnahmen usw. veröffentlicht. Bei der betreffenden Parteiorganisationen unserer Partei, aber auch solche, unserer Meinung nach sehr unterschiedlich einzuschätzenden Analysen wie die der Zeitschrift „Revier" oder von Genossen der Gruppe „Arbeiterpolitik". Um diesen dokumentarischen Teil abzuschließen, geben wir heute kurze Auszüge aus einem Buch wieder, das im VSA Verlag von H. Heseler und H.J. Kröger herausgegeben wurde: „Stell Dir vor, die Werften gehören uns..." Darin schrieb, vor wenigen Monaten erst, der Betriebsratsvorsitzende der AG Weser Hans Ziegenfuß einen Artikel unter dem Titel „Sozialpartnerschaft lohnt sich nicht!". Da gerade diese Haltung von Ziegenfuß für viele eine der überraschendsten Entwicklungen dieser Aktionen war, sein Parteiaustritt aus der SPD geradezu spektakulär in den Medien verbreitet wurde, hielten wir es für interessant und wichtig, auch die konkreteren Inhalte einer solchen veränderten Haltung darzulegen. Sicher geht das nicht völlig in kurzen Auszügen klarzumachen.

Aber es kann einen dementsprechenden Eindruck wiedergeben und es steht sicher nicht für einen allein, sondern um für eine gewisse Strömung in den großen Reihen sozialdemokratischer Betriebsfunktionäre. Damit schließen wir dann diesen dokumentarischen Teil im „Roten Morgen" auch erst einmal ab. (Wir werden dann noch einmal darauf zurückkommen, wenn es darum gehen wird, politisch-weltanschauliche Auseinandersetzungen um die Forderung nach Verstaatlichung, beispielsweise mit der DKP aber auch mit der MLPD zu führen.)

Im übernächsten „Roten Morgen" werden wir dann einen größeren Artikel veröffentlichen, in dem die Meinung der Partei zu diesen Aktionen und zu den betreffenden Stellungnahmen noch einmal zusammengefaßt wird.

Die Dortmunder Stahlarbeiter, bislang oft genug immer noch an der Spitze dessen, was sich an Widerstand gegen Kahlschlagpläne in diesem Jahr entwickelt hat, haben in der letzten Oktoberwoche eine Niederlage erlitten: Sie mußten die im Juli — vorläufig — abgewehrte Schließung der Feineisenstraße P4 nun doch hinnehmen. Die RGO-Betriebsgruppe Hoesch/Dortmund verbreitete dazu die im folgenden veröffentlichte Erklärung als Flugblatt.

RGO-Erklärung zur Schließung von P4 bei Hoesch Westfalenhütte

Weihwasser von Rohwedder — damit P4 einen schönen Tod hat!

Das ist der Eindruck, den man nach der einstimmig — auch mit den Stimmen der Betriebsräte und IGM-Vorstandsmitglieder — in den Aufsichtsräten beschlossenen Stillegung der P4 zum Ende des Monats haben muß.

Nicht nur vielen Nicht-Hoeschianern, die noch im Juni und Juli sich solidarisch an den beiden Großdemonstrationen gegen die Schließung der P4 beteiligt haben, sondern auch vielen Kollegen ging und geht es nicht in den Kopf, warum diesmal alles so einvernehmlich über die Bühne ging.

Was wurde erreicht?

Klar, daß Rohwedder und Co. immer wieder mit der Frage „Stopp des Sozialplans, Entlassungen" drohen — wie schon 1981 — aber wenn in der Aufsichtsratssitzung und danach von Rohwedder die Arbeitnehmervertreter für ihre „besonnene und wohlüberlegte Haltung" gelobt werden, dann ist das doch Lob von der falschen Seite. Jedenfalls dann, wenn man von einem prinzipiellen Interessen- und Machtgegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeht. Dieser wurde gerade an der Frage der P4 eindeutig klar:

Auf der einen Seite der Vorstand, im Hintergrund die Banken, mit dem Ziel Höchstprofite zu erzielen — dafür soll die P4 geschlossen werden, weil mit Warmbreitband, das man im Tausch dafür erhält, mehr zu verdienen ist, dafür die Vernichtung von über 450 Arbeitsplätzen! Auf der anderen Seite die Belegschaft, die Arbeitsplätze braucht; die weiß, daß die angeblichen 50 Millionen DM Verlust pro Jahr auch nach der Schließung noch da sind, weil allein 60 Millionen DM überbetriebliche (Fixkosten) Belastungen auf der P4 liegen. Die Belegschaft, die aus der Vergangenheit weiß, daß jetzt der nächste Betrieb in die „roten Zahlen" gerechnet wird!

Die Schlußfolgerung daraus war völlig zu Recht: Nur im gemeinsamen, solidarischen Kampf der ganzen Belegschaft gegen diese Pläne können unsere Arbeitsplätze verteidigt werden — was ja auch zweimal gelang!

Und diesmal?

Als Weihwasser hatte Rohwedder mitgebracht: Für Union: „Die anderen Produktprogramme von Hoesch **erscheinen** demgegenüber als langfristig durchhaltbar. Der Stillegungsbeschluß P4 kam deshalb nicht als die Einleitung einer allgemeinen Stillegung von Walzstraßen, auch nicht im schweren Profilbereich (P1) verstanden werden."

Für Phönix: „Zwischenlösung, d. h. einige kleinere Investitionen im Stahlwerk und am Strangguß".

Für die Westfalenhütte: „Aus Anlaß der Stillegung der ... P4 werden keine arbeitgeberseitigen Kündigungen ausgesprochen".

Diese schwammigen Formulierungen haben die Mehrheit der drei Betriebsräte und die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten veranlaßt, der Schließung zuzustimmen.

Wobei die Vertrauensleutevollversammlung aller drei Werke praktisch vor vollendete Tatsachen gestellt wurde — in den Vorbesprechungen mit Rohwedder, in den Aufsichtsratsvorbesprechungen waren die Entscheidungen für eine Zustimmung praktisch gefallen, die Vertrauensleute sollten nur noch Beifall klatschen zu dem, was „rausgeholt wurde", wie es von den Betriebsratsspitzen ausgedrückt wurde! Praktisch sind hier wieder einmal gewerkschaftliche Grundsätze über Bord geworfen worden, daß nämlich die Vertrauensleuteversammlungen eigentliches Beschluß- und Entscheidungsgremium sein sollen — und nicht der Betriebsrat. Die Entscheidung über Kampfmaßnahmen beispielsweise muß in der Vertrauensleuteversammlung ihren Platz haben!

Festzuhalten bleibt also:

Versehen mit einem dicken Lob von Rohwedder wurde ohne konsequente Entfaltung unserer Kampfmöglichkeiten der Schließung der P4 zugestimmt!

Weitere Stillegungen vorgesehen!

Das dies nicht — wie von einigen Betriebsräten behauptet — das „Herbeireden weiterer Betriebsschließungen durch die Belegschaft selbst" ist, machten der Vorstand und Rohwedder selbst klar: Im Papier des Vorstandes und dem Beschluß des Aufsichtsrates ist von „Weiteren Anpassungsmaßnahmen" ebenso die Rede, wie vom Ziel „durch die beabsichtigten Investitionen auf Phönix im Kernpunkt die Schließung der Blockbrammenstraße (F1) zu ermöglichen"! Der Arbeitsdirektor Heese mußte bestätigen, daß man folgende Betriebe zur Schließung zum 31. 12. 1985 angemeldet habe: Blockbrammenstraße Phönix (F1), Stahlgießerei Phönix und Elektrostahlwerk Westfalenhütte.

Es ist also nicht so, daß die Schließung der P4 die anderen Arbeitsplätze sicherer macht, im Gegenteil — das kampflose Aufgeben der P4 jetzt, diese Niederlage für die Belegschaft, hat den Vorstand unbeirrt festhalten lassen an seiner Absicht, zur Erzielung des Höchstprofits weitere Tausende von Arbeitsplätzen auf der Hütte zu vernichten. Gleichzeitig finanziert sich die geplante Investition auf Phönix dadurch praktisch selbst!

Und auch zur P1 auf Union ist die Position des Vorstandes klar: „Wirtschaftliche Vorteile bietet eine 3schichtige Fahrweise (gegenüber der bisherigen 4schichtigen — d. Red.) unter der Voraussetzung, daß ca. 140 Belegschaftsmitglieder untergebracht werden können."

Also nur eine Frage der Zeit, bis der Vorstand diesen Plan auf den Tisch bringt.

Festzuhalten bleibt also:

Nach der kampflosen Aufgabe der P4 stößt Rohwedder gleich mit neuen Arbeitsplatzvernichtungsplänen nach!

Stahlwerk — aufgeschoben ist nicht aufgehoben?

„Der Vorstand wird diese Aufgabe ... beharrlich weiterverfolgen", läßt Rohwedder erklären. Nun ja, beharrlich im Nichtbauen ist Rohwedder wahrlich, daß hat er seit seinem Amtsantritt gezeigt.

Stützen kann er sich dabei u. a. auf ein Gutachten der Treuarbeit, die zu dem Schluß kommt, das geplante Stahlwerk könne gar nicht wirtschaftlich sein, die Kapitalkosten seien zu hoch.

Woraus Rohwedder und seine Mannen den Schluß ziehen, man brauche schon 1 Milliarde nicht rückzahlbare Gelder von Bonn und Düsseldorf, eine halbe Milliarde müßte von den Regierungen verbürgt werden, und die restliche Hälfte die würde — wenn es die Lage zuläßt — Hoesch aufbringen, geliehen von den Banken.

Offensichtlich ist, daß es sich um eine politische Frage handelt, ob ein Stahlwerk gebaut wird oder nicht. Dies sahen offenbar auch die Betriebsratsspitzen so, und besuchten deshalb im Vorfeld der Aufsichtsratssitzungen Rau und Lambsdorff. Wenn man die Ergebnisse dieser Gespräche zusammenfaßt, läßt sich wohl feststellen:

Außer Spesen nichts gewesen!

Beide versicherten Rohwedder und den Betriebsräten, welche Achtung sie vor dem bisherigen Arbeitsplatzabbau hätten und wie gut das Konzept vom Mai 81 sei — aber was dann in den späten achtziger Jahren sei — man werde dann sein möglichstes tun. Bleibt nur hinzuzufügen — wenn man dann überhaupt noch im Amt ist.

Festzuhalten bleibt also:

Stahlwerk ade — warme Worte tun nicht weh!

Jedenfalls dann, wenn wir uns das Stahlwerk nicht erkämpfen! Deshalb: Nicht auf die Politiker vertrauen — auf die eigenen Kräfte bauen!

IGM — wo bist du?

Diese Frage stellt sich mancher Kollege, der im Augenblick die Lage bei uns und über den Hüttenzaun hinweg nach Krupp, Arbed oder den anderen Stahlbetrieben richtet.

- **Krupp will die 110% Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) nur zur Hälfte im Dezember, den Rest im März 84 zahlen.**
- **Die Bundesregierung will Massenentlassungen im Saarland**
- **Der Stahlstandort Peine soll vernichtet werden.**
- **Tausende von Arbeitsplätzen bei Thyssen und Klöckner stehen auf der Abschußliste.**

In allen Aufsichtsräten sitzen IGM-Vorstandsmitglieder, die Betriebsräte sind mehrheitlich in der IGM — aber praktisch merken tun wir das nicht. In jedem Aufsichtsrat wird „Alleingangskonzepten", Quotentausch, Arbeitsplatzvernichtung zugestimmt — nach dem Motto:

„Unser" Unternehmen soll überleben, laß doch die anderen verrecken!

Wenn der ehemalige Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, schreibt:

„Man muß die bittere Wahrheit aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zur Kenntnis nehmen, daß die Unternehmer noch nie Opfer und Vorleistungen der Arbeiterbewegung honoriert haben. Allemal ist die Arbeiterbewegung betrogen worden, wenn sie aus taktischen Gründen zurückgewichen ist. (...) Eine Politik des Lavierens und Zurückweichens, wie sie teilweise von den Gewerkschaften betrieben wird, (...) dient nur dem politischen Gegner. Halbherzigkeiten, Inkonsequenzen und Hilflosigkeit bergen zudem die Gefahr in sich, bei den abhängig Beschäftigten an Glaubwürdigkeit zu verlieren", ist dem nichts hinzuzufügen.

Festzuhalten bleibt also:

Gerade wir Hoesch-Arbeiter haben in den vergangenen Jahren gemerkt und gelernt, daß das, was uns als „notwendige Vorleistungen" auch von Arbeitnehmervertretern verkauft wurde, tatsächlich Niederlagen waren im Kampf zur Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

Aus „Hammerschlag", Betriebszeitung der KPD für Krupp/Bochum

Nein zum Kahlschlagkonzept des Vorstandes

Am 17. Oktober kam es nach längerer Zeit wieder zu einer Protestaktion der Belegschaft bei Krupp in Bochum. Ursache: Die neuen kürzlich bekannt gewordenen konkreten Kahlschlagpläne, wie sie nach dem Konzept der Verschmelzung mit Thyssen ausgearbeitet wurden. Die Genossen der KPD nahmen dazu in ihrer Betriebszeitung wie folgt Stellung:

Hunderte von Bochumer Kollegen (Arbeiter und Angestellte) legten am Montag, dem 17. 10. aus Protest gegen das bekanntgewordene Alleingangskonzept des KS-Vorstandes die Arbeit nieder.

Für Bochum würde dies Konzept die Vernichtung von ca. 2000 Arbeitsplätzen bedeuten. Im einzelnen sieht das Konzept vor:

- Stillegung Straße 1/2 in Höntrup
- Stillegung Hammer- und Preßwerk
- Stillegung des Großteils der mechanischen Verarbeitung (BEB AG, BEB 2, Wärmebehandlung)
- Abbau von 15 Pozent der Angestellten.

Auch in anderen Standorten sind Hunderte von Arbeitsplätzen bedroht. So soll Werdohl endgültig geschlossen werden (ca. 450 Arbeitsplätze), Wuppermann in Leverkusen nur noch einschichtig gefahren werden (ca. 500 Arbeitsplätze).

Gödde beeilte sich, vor den Kollegen zu erklären, daß auf der Aufsichtsratssitzung gar nichts beschlossen würde. Jetzt soll aufgrund der Proteste von Belegschaft und Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat das Konzept überarbeitet werden. Doch Gutes ist nicht zu erwarten.

Ende Oktober findet ein Treffen der Gläubigerbanken von Krupp-Stahl und den Kreditversicherungsanstalten statt — also derjenigen, die man als Hintermänner des Vorstandskonzepts bezeichnen muß. Spätestens dann werden neue Erpressungskonzepte nach dem Motto „wenn die Aufsichtsratsvertreter nicht zustimmen, dann wird Krupp der Geldhahn zugedreht" auf den Tisch kommen.

Die Politik des „Gesundschrumpfens" ist der Tod auf Raten.

Diese bittere Erfahrung haben bereits die Werdohler Kollegen gemacht. Erst wurden sie dazu gezwungen, dem Abbau der Belegschaft auf eine Schicht zuzustimmen — und nun soll der ganze Betrieb dichtgemacht werden. Für die Region Werdohl ist das eine Katastrophe. Acuh die Kollegen von ARBED mußten solche Erfahrungen machen.



Garantien dafür, daß dieses Belegschaftsabbaukonzept nun das letzte wäre, und dann nichts mehr passiert, gibt es nicht. Das haben auch die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt. Außerdem ist die Politik des „Gesundschrumpfens" keine Lösung für die Menschen, die aufs Abstellgleis geschoben werden, weil in unserer Region keine Arbeit mehr zu finden ist.

Den Vorständen in Bochum und Essen sowie den Banken geht es darum, ihre Gewinne zu sanieren. Wir aber sollen dafür löhnen, löhnen und abermals löhnen, mit Reallohnverlust, mit Arbeitsplätzen, mit unserer Existenz. Die Krise auf Kosten der Arbeiter und Angestellten meistern — dieser Politik müssen wir geschlossen Widerstand entgegensetzen.

Nach den Aktionen am 17. 10. 83 wurde es teilweise in der Presse, aber auch von einigen Betriebsräten, fälschlicherweise so dargestellt, als hätte die Krupp-Belegschaft für die Fusion mit Thyssen demonstriert.

Den meisten Kollegen ist klar, daß auch eine Fusion mit Thyssen verheerende Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze hätte. In dem Fusionskonzept Krupp-Thyssen, das vor einem halben Jahr bekannt wurde, standen Hammer- und Preßwerk und die BEB 1G ebenso auf der Stillegungsliste.

Und daß die Straße 1/2 bei einer Fusion mit Thyssen überleben wird, ist unwahrscheinlich.

Was sich zur Zeit in Bonn bei den Verhandlungen zwischen Lambsdorff, Stoltenberg, Thyssen-Chef Spethmann und Krupp-Chef Schneider abspielt, ist ein einziges Pokerspiel darum, welcher Konzern ist der Stärkste, bei welcher Lösung müssen Regierung und Konzerne am wenigsten zahlen. Bei allen diesen Überlegungen aber steht ein Punkt außer Frage: daß dabei enorme Kapazitäten (Anlagen, Werke, Betriebe) stillgelegt und unsere Arbeitsplätze und unsere Existenz der Gesundschrumpfung geopfert werden sollen.

Der 14. Gewerkschaftstag der IG Metall hat kürzlich die Überführung der Eisen- und Stahlindustrie in Gemeineigentum gefordert. Damit wurde — endlich — eine Forderung aufgegriffen, die seit Monaten von der IGM-Basis in den Betrieben gefordert wird. Nun geht es darum, daß diese Forderung nicht schönes Papier bleibt, sondern umgesetzt wird.

WUSSTEN SIE SCHON, DASS ...
1982 Krupp an die Banken 288855464,— DM (also fast 289 Millionen DM) Zinsen gezahlt hat? Das sind umgerechnet pro Arbeitstag eine runde Million Mark!

Und es wird höchste Zeit! Der Kampf um die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie bietet uns die Möglichkeit,

- die gemeinsame Front aller Stahlbelegschaften gegen Unternehmer und Banken zu stärken;
- die Pläne der Kapitalseite kurzfristig zu durchkreuzen — wie z. B. die neuesten Pläne des Krupp-Vorstandes;
- gemeinsam auf Regierungen und Parlamente den unbedingt nötigen Druck auszuüben, Gelder für die Sicherung und nicht die Vernichtung von Arbeitsplätzen auszugeben.

In diesem Kampf gilt es durchzusetzen:

- Die Verstaatlichung muß mit Arbeitsplatzgarantien verbunden sein!
- Zins- und Forderungsverzicht der Banken, die lange genug an uns verdient haben!

26.10.: Schlappe für die Nazis — Wie geht es weiter?

Alles im Griff?

Westberlin, 26. Oktober. Der Tag des Fußball-Länderspiels zwischen den Mannschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei, für den die Nazis und ihr Anhang in den Fanclubs Gewalttaten gegen unsere ausländischen Mitbürger angekündigt haben. Die erste Einstimmung auf die gespannte Situation gibt es bereits am Grenzübergang zur DDR-Transitstrecke in Helmstedt: Haufenweise Polizisten in Kampfanzügen. Alle Autos werden rechts rausgewunken — aussteigen, Gepäck rausnehmen, Durchsuchung. Das geht schon seit Montag so.

Polizei gibt es dann in Westberlin noch genug zu sehen — in den U-Bahn-Schächten. Auf den Straßen um das Stadion herum. Vor dem Stadion. Im Stadion.

Dieses Polizeiaufgebot läßt die Nazis nicht zum Zuge kommen. Sie können ihre Sprüche ablassen, auch im Stadion, aber wo es allzu weit geht, schreiten Polizisten ein, führen Leute ab, bringen sie raus. Aus dem Feldzug nach Kreuzberg wird auch nichts — es treffen sich zwar immer wieder einige Gruppen aufgeputschter Skins und Nazis, aber sie kommen nicht weit.

Na also. Unser Staat zeigt sich der Herausforderung gewachsen. Die Sicherheitsorgane haben alles im Griff. Gutmütig lächelt Bundeskanzler Kohl vom Ehrenplatz den Türken zu. Deutschland — gutes Land... Nicht? Na, was denn? Das mit der Polizei ist nicht geheuer? Wäre es besser, die Polizei schritte nicht ein, ließe den Nazis die Straße und uns allein die Auseinandersetzung, so daß zum Gefühl der eigenen Tapferkeit noch die Befriedigung hinzukäme, daß das umfassende Feindbild lückenlos und unproblematisch stimmt, daß man sagen kann: da sieht man's mal wieder, der Staat läßt die Nazis machen, was sie wollen?

Offenbar ist es so einfach nicht. Schon vor dem Spiel hat es in Westberlin Razzien gegeben, 40 Faschisten sollen festgenommen worden sein, unter ihnen der Kameradschaftsführer der Nationalen Aktivisten, Reinhard Golibersuch, der Mann Michael Kühnens in „Großberlin". Hetzflugblätter und Waffen wurden beschlagnahmt.

Unbestreitbare Tatsache: Das hat manches Vorhaben der Nazis durchkreuzt. Polizei gegen Nazis — das ist eine gute Sache.

Und wenn man damit das Kapitel „26.10., Nazis und Ausländerfeindlichkeit" schließt, steht man trotzdem dumm da.

Westberlin, 26. Oktober: Nicht nur die Polizei ist an diesem Tag auf den Beinen. Antifaschisten haben vorgesorgt. Seit Tagen wird über die Pläne der Faschisten informiert, wird mobilisiert zum Widerstand. Aktionen gab es bereits in verschiedenen Stadtteilen, am Vortag eine Kundgebung auf dem Oranienplatz. Mit dabei sind auch die Genossen der KPD, mit dabei ist die Volksfront; mit dabei im Kreis von tausenden Antifaschisten, die bereit sind, Solidarität und Zusammenhalt mit den Ausländern zu demonstrieren und wenn nötig tatkräftig die angesagten Nazi-Überfälle zu verhindern. Große Schwierigkeiten, so hören wir immer wieder, gab es allerdings mit der Alternativen Liste, bevor überhaupt gemeinsame Aktionen zustandekamen.

Am Spieltag selbst sind Hunderte buchstäblich in Bereitschaft: In verschiedenen Treffpunkten, Kneipen usw. sitzt und steht man beisammen, zum Teil eingeteilt in Eingreiftrupps, bereit zur antifaschistischen Aktion. Das Spiel, das 5:1 kann man auf dem Bildschirm verfolgen. Die Straßen werden beobachtet, was sich tut oder nicht tut, wird über Telefon durchgegeben. Erst nach Mitternacht, als alles dafür spricht, daß nichts mehr passiert, werden die Bereitschaften aufgehoben.

Und auch hier: Polizei. Nicht in den Lokalen. Aber davor. Vor unserem Treffpunkt fahren zwischenzeitlich zwei Mannschaftswagen auf. Und das nun keineswegs zur gemeinsamen Abwehr der Nazis. Sondern zur Beobachtung, Kontrolle und Schikanierung der Antifaschisten. Wer an diesem Abend allein oder in einer kleinenGruppe, womöglich mit einem Motorradhelm ausgestattet, auf der Straße steht, dem kann es passieren, von der Polizei eingesammelt zu werden.

Ein Widerspruch?

Es gibt nicht nur diese Treffen. Auch auf andere Weise zeigen Antifaschisten an diesem Tag ihren Widerstand gegen Ausländerhetze: Zum Beispiel durch den gemeinsamen Zug zum Stadion, der auf Initiative von Gewerkschaftern zustandekam, und an dem sich mehrere tausend deutsche und ausländische Fußballfreunde beteiligten. Unter Parolen wie „Gemeinsam arbeiten, gemeinsam leben, wir halten zusammen" Im Stadion selbst gab es dann auch Parolen „Nazis raus!"

In dieser Hinsicht ging der „Schuß" der Neonazis nach hinten los: Noch selten gab es eine derartig ausführliche und lange öffentliche Auseinandersetzung über das Treiben der terroristischen Nazi-Gruppen, über ihre Ziele und ihr Rekrutierungsfeld, wie im Zusammenhang mit diesem Fußballspiel. Und das wirkte aktuell mobilisierend, und das wirkt nach in den Köpfen vieler.

Dieser Teil der Schlappe für die Nazis aber war von offizieller Seite gar nicht erwünscht. Nicht von der Polizei, vor allem nicht von den maßgeblichen Politikern.

Die Wachsamkeit von Antifaschisten und ihre Öffentlichkeitsarbeit gab den Anstoß für die vielen Berichte über die geplanten Terroraktionen am 26.10. Staatsschutz und Polizei, gerade und ausdrücklich die in Westberlin, hielten mit ihren Erkenntnissen lange hinter dem Berg — weil sie eine Mobilisierung der Öffentlichkeit, weil sie antifaschistische Aktionen in den Straßen Westberlins, weil sie organisierten Selbstschutz in den bedrohten Wohnvierteln nicht haben wollten. Entsprechende Äußerungen sind bezeugt. Motto: "Wir haben alles im Griff."

Die Polizei ist am 26.10. gegen die Nazis im Einsatz. Ein Gewährenlassen der Kühnen-Truppe und ihrer Anhänger in dem angekündigten Rahmen — das kann man sich in Berlin und in Westdeutschland nicht erlauben. Schon gar nicht bei dem Grad an öffentlicher Aufmerksamkeit. Da haben die Faschisten zu hoch gereizt. Und schnell zeigt sich, sehr ihre Aktionsfähigkeit von dem Spielraum abhängt, der ihnen von Seiten des Staates eingeräumt wird.

Die Polizei, die am 26.10. gegen die Nazis im Einsatz ist, ist jedenfalls auch dazu ausersehen, gegen Demokraten, gegen Linke zuzuschlagen, wenn das angebracht erscheint. An diesem Tag gibt es davon nur einige „Kostproben".

Der 26.10. war eine Schlappe für die Nazis. Aber er war nur ein Tag, und auch wenn sonst wir ihnen deshalb nie länger als einen Tag Kopfschmerzen haben: Die Wühltätigkeit der Nazis geht weiter. Die Drahtzieher auch der Terroristenszene, vor allem Michael Kühnen, können weiter die Fäden ziehen, der ihnen eingeräumte Freiraum ist unverschämt groß und eine ständige Herausforderung für alle Demokraten. Auch die bisherigen Urteile gegen Nazi-Anhänger in Fankreisen, wie es sie inzwischen beispielsweise in Dortmund gibt, lassen die Führer unbehelligt.

Die Nazis bleiben auch nach Berlin und trotz des Polizeieinsatzes gegen sie eine Hilfstruppe der politischen Reaktion.

Und nicht zuletzt: Die Politik bleibt bestehen und verschärft sich weiter, die heutzutage ein so günstiges Klima für Nazi-Umtriebe schafft. Die Politik gegen die arbeitenden Menschen, zu der die zunehmende Anfeindung demokratischer, antifaschistischer und schon gar revolutionärer Anschauungen ebenso gehört wie die staatlich betriebene Hetze gegen Ausländer und die Maßnahmen zu ihrer weitgehenden Vertreibung, die gerade erst im Anfangsstadium begriffen sind.

Da kann sich Helmut Kohl ins Stadion setzen und den Türken zulächeln, kann sich verständnisvoll und integrationsbewußt geben. Seine Regierung hat dennoch das „Ausländer raus" in dem Maße, wie es konkret von den maßgeblichen Unternehmerkreisen gefordert wird, zu ihrem eigenen Programm erhoben und bereitet seine Umsetzung vor.

Kühnen teilte übrigens per Telefon in Westberlin versammelten Journalisten mit, die Aktionsfront Nationaler Sozialisten und die Nationalen Aktivisten hätten in der „Reichshauptstadt" eine neue Partei gegründet — eine Partei zur Rückführung der Ausländer, die sich an den nächsten Senatswahlen beteiligen wolle.

So fahren wir am 27.10. nach Hause zurück mit dem Bewußtsein, daß das, was in diesen Tagen in Westberlin und verschiedenen Städten der Bundesrepublik angepackt wurde, fortgesetzt werden muß. Daß wir gegen alle Widerstände auf die Mobilisierung der antifaschistischen und demokratischen Kräfte setzen müssen, wenn es gegen Nazi-Umtriebe und Ausländerfeindlichkeit geht, daß Maßnahmen des Staates gegen die Nazis erzwungen werden müssen und daß man diesen Kampf nicht den Behörden und der Polizei überlassen darf. Daß wir vielmehr gerade die Bundesregierung als Gegner haben, wenn es uns um wirklich durchschlagende Erfolge geht.

Gehen wir also daran und nutzen wir auch die ganz konkreten Vorteile, die uns die große Öffentlichkeit dieser Tage gebracht hat — bleiben wir zum Beispiel am Ball, was Nazi-Umtriebe in Fußball-Fanklubs angeht, lassen wir über der Gesamtheit der Aufgaben dieses einmal aufgegriffene Detail nicht jetzt wieder fallen. Wir würden völlig unnötig eine Chance auslassen. Unterschätzen wir nicht die Rolle, die der Kampf gegen die Faschisten-Umtriebe — der für uns nach wie vor immer heißt, für das Verbot aller Nazi-Organisationen und ihrer Propaganda einzutreten — im Kampf gegen Reaktion und Faschismus spielt, trotz der beschränkten Rolle, die diese Gruppen selbst heute spielen. Das Bewußtsein, das hier geschaffen wird, dient unserem Kampf gegen die politische Reaktion insgesamt.

Dietrich Lohse



5000 Antifaschisten beteiligten sich am 26.10. in Westberlin am von Gewerkschaften organisierten „Freundschaftsspaziergang" zum Olympiastadion

---

BETRIFFT: Fußball-Länderspiel BRD - Türkei

Paßt auf die Nazis auf!

Am 26. Oktober findet im Berliner Olympiastadion das Fußball-Länderspiel BRD - Türkei statt.
Für diesen Tag mobilisieren Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin schon seit Monaten (sogar aus Liverpool und London haben sich Neonazis angesagt). -
Die Faschisten planen Terroraktionen gegen Linke und Ausländer (besonders Türken).

Ausländerfeindliche Politik

Durch die Politik der Bundesregierung und des Berliner Senats, die das Treiben der Neonazis verharmlosen, fühlen sich solche Gruppen ermutigt, verstärkt Terrorüberfälle gegen Ausländer auszuüben.
Auf der einen Seite Verharmlosung und Duldung faschistischer Aktivitäten, auf der anderen Seite Hinstellen der Ausländer als Sündenböcke für die heutige Wirtschaftskrise verbunden mit Verschärfung der Ausländerpolitik und des Asylrechts.

Die Auswirkungen dieser Politik

- Das Grab des Antifaschisten Kemal Altun wurde vor kurzem geschändet.
- Seit längerer Zeit sind Bundesligaspiele stets begleitet von "Sieg-Heil"-Rufen und "Jude-Jude"-Rufen von Fußballfans, die immer mehr von Faschisten unterwandert werden.
- Letztes Jahr wurde ein türkisches Geschäft [illegible]

Auch ein „Antifaschistisches Kiezbündnis Charlottenburg" mobilisierte gegen die Nazis. Unter anderem mit diesem Flugblatt, in dem das freche Treiben der Faschisten mit der Ausländerpolitik der Regierung in Verbindung gebracht wird, verschiedene Auswirkungen dieser Politik in Westberlin dargestellt werden und dazu aufgefordert wird, faschistische Überfälle zu verhindern: „Unser Kiez ist durch die Nähe zum Stadion und durch die Faschisten im Kiez (‚Kajüte') besonders gefährdet. Dem dürfen wir nicht gleichgültig gegenüberstehen. Verhindern wir gemeinsam Überfälle der Faschisten auf unsere ausländischen Freunde und Nachbarn! Wir verlassen uns nicht auf den Schutz der Polizei. Die Faschisten dürfen nicht wieder wie 33 Fuß auf der Straße fassen! Zeigt Euren Protest gegen die Neonazis durch Heraushängen von Transparenten während des Länderspiels. Seid während der Tage des Länderspiels wachsam!"

Auch in Aachen:

Aktion gegen Nazi-„Fans"

Leserbericht

Spiel Alemannia Aachen gegen BV Lüttringhausen auf dem Tivoli. Vor dem Spiel wird einem Teil der rund 5000 Zuschauer das Flugblatt „Fußball ja — Nazis nein!" verteilt. Es fordert die Fußballfreunde dazu auf, sich von Schlägertruppen wie der „Borussenfront" zu distanzieren. Der Brief von Lothar Matthäus wird darin abgedruckt. Die Flugblätter gehen rasend weg, werden auf den Treppen zu den Tribünen hinauf noch gelesen.

Plötzlich schlich ein Kerl um uns herum, der nicht zur Kasse ging, der seine Fanfahne weglegte. Später sagte der zu einem von uns: „Du rote Sau, Dich krieg ich noch!" Kurze Zeit danach brachten Stadionbesucher den „Reichsruf", ein rechtes Blättchen der faschistischen „Arbeitsgemeinschaft Junge Nation" mit.

Die Aachener „Löwen" kamen kurz vor acht als Block mit Anfeuerungsrufen auf den Tivoliplatz. Sie marschierten an uns vorbei und kamen zurück. Sie wollten auch ein Flugblatt haben und stellten sich um uns herum. Nach ihrer Meinung waren in dem Flugblatt die Aachener Löwen mit Nazi-Banden auf eine Stufe gestellt worden. Dann zeigte sich, daß sie das Flugblatt nicht gelesen hatten. Nach einigem Hin und Her zogen sie dann ab. Aufgeregt hatten sich nur einige Sprecher der Gruppe. Beim Verteilen hatten wir sehr wohl bemerkt, daß einige „Löwen" das Flugblatt gut fanden.

Ein Genosse aus Aachen

DGB gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazis

In einer Erklärung des DGB Westberlin vom 20.10.83 heißt es unter anderem:

Besonders makaber mutet es an, daß gerade der Sport als ein in seinem Kern völkerverbindendes Element dazu mißbraucht wird, Feindschaft zwischen Völkern zu schüren. Der DGB setzt sich für ein freundschaftliches und gutes Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern ein. Dazu reicht es nicht aus, (...) sich von ausländerfeindlichen Parolen zu distanzieren oder nur auf die Ordnungskräfte zu verweisen.

Durch gemeinsames öffentliches Handeln muß der Ausländerfeindlichkeit und dem Neonazismus der Nährboden entzogen werden.

Der DGB ruft auf, die Fußballspiele zwischen Bundesrepublik und der Türkei zu einem Ereignis der Freundschaft und der Völkerverständigung werden zu lassen. Der DGB, Landesbezirk Berlin, und seine Einzelgewerkschaften haben sofort nach Bekanntwerden von Flugblättern im Bundesgebiet, in denen zum „Kampf gegen Kanaken" während der Länderspiele aufgerufen wurde, reagiert und organisiert, daß deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen zusammen die Spiele besuchen werden.

Darüber hinaus ist es notwendig, in den Betrieben, nach Feierabend, auf der Straße, in den öffentlichen Verkehrsmitteln, unsere Solidarität mit den ausländischen Mitbürgern zu zeigen, indem Ausländerfeindlichkeit ruhig aber entschieden entgegengetreten wird.

Köln, Karlsruhe usw.

In **Köln** liefen im Zusammenhang mit dem Länderspiel eine ganze Reihe von Aktivitäten. Das Plenum des „Kölner Appells gegen eine menschenfeindliche Ausländerpolitik" hatte das Spiel und die Nazi-Drohungen am 3.10. auf seine Tagesordnung gesetzt. Über eine Telefonkette wurden verschiedene demokratische Kreise informiert, eine Telefonzentrale stand in Verbindung mit Westberlin und anderen Städten. Einige Unterstützerorganisationen des Kölner Appells und andere Initiativen organisierten eine Demonstration und Kundgebung am Mittwoch, an der sich etwa 750 Menschen beteiligten — ein beachtlicher Erfolg, auch in Anbetracht der Tatsache, daß innerhalb von zwei Tagen dafür mobilisiert wurde. Der Demonstrationszug stieß auf ein sehr positives Echo in den Stadtteilen, wurde teilweise mit Beifall begrüßt, auch die Lokalpresse berichtete gut. Im Anschluß an die Kundgebung verteilten sich die Antifaschisten auf 16 Treffpunkte, wo man gemeinsam auf dem Fernsehschirm das Spiel verfolgte und sich bereit hielt für eventuelle antifaschistische Einsätze, die zum Glück nicht notwendig wurden.

In **Karlsruhe** verteilte das Aktionsbündnis gegen Ausländerfeindlichkeit ein Flugblatt mit der Erklärung von Lothar Matthäus, der zur Solidarität gegen Naziterror aufrief. Auch hier wurde die Verbindung zur offiziellen Ausländerpolitik gezogen; die Karlsruher forderten in diesem Zusammenhang gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche in allen Lebensbereichen.

Ähnliche Aktionen, über die uns bisher keine ausführlichen Berichte vorliegen, fanden in verschiedenen Städten des Bundesgebietes statt.

Anschläge auf die freie Presse

In **Hannover** mißbrauchte die Polizei im Oktober wieder einmal Pressefotos ohne Einwilligung der Reporter zu Fahndungszwecken. Die Kriminalpolizei Celle **beschlagnahmte Aufnahmen** von der Demonstration gegen den **NPD-Parteitag**, die am 1. Oktober in Fallingbostel stattfand. Anschließend gab sie sie zur Veröffentlichung an die Presse, verbunden mit einem Fahndungsaufruf nach einem Demonstranten, dem versuchter Totschlag und Raub unterstellt wird — 5000 DM Belohnung.

In der Beschlagnahmeverfügung war nur von Körperverletzung und Diebstahl die Rede gewesen. Und die Tatsache, daß es sich um beschlagnahmte Fotos handelte, verschwieg die Kripo gegenüber der Presse.

Dennoch wurden die Bilder nur in zwei Zeitungen veröffentlicht, deren Redaktionen versicherten, nichts über ihre Herkunft gewußt zu haben. Alle anderen lehnten die Veröffentlichung ab, die Chefredaktion von dpa untersagte ihre Verbreitung.

Die Deutsche Journalisten-Union (dju) verwahrte sich in einer Erklärung zu diesem neuerlichen Vorfall entschieden dagegen, **„mit staatlichen Zwangsmitteln zu Hilfspolizisten gemacht"** zu werden. Sie wertet das Vorgehen der Polizei als **„schwere Verletzung des Presse- und Urheberrechts"**. Ein Protest, dem sich alle freiheitlich gesinnten Journalisten und Zeitungsmacher nur anschließen können.

In **Westberlin** hat der Prozeß gegen **Benny Härlin** und **Michael Klöckner** begonnen.

Die beiden werden für Artikel in der Zeitschrift **„radikal"** verantwortlich gemacht, die Oberstaatsanwalt Klaus-Jürgen Przytarski als Verstoß gegen den Paragrafen **129a StGB** wertet — „Werbung für eine terroristische Vereinigung". Weil die Zeitschrift über Aktivitäten der **„Revolutionären Zellen"** berichtet. — Verboten?

Was die Strafverfolgungsbehörden anscheinend nicht interessiert: Die Angeklagten haben mit dem Inhalt der „radikal" schon seit Jahren **nichts mehr zu tun**. Die gerieten in die Mühlen der Justiz als Vorstandsmitglieder einer **Zeitungskooperative**, die neben etlichen anderen Blättern auch „radikal" herausgibt — nicht aufgrund einer Identifikation mit den einzelnen Artikeln in all diesen Zeitungen, sondern um alternativen Blättern überhaupt das Erscheinen zu ermöglichen. Konkret sind Meinungsverschiedenheiten zwischen der „radikal"-Redaktion und zum Beispiel Benny Härlin unübersehbar. Da die Staatsanwaltschaft aber die Verantwortlichen für das verfolgte Blatt wegen seiner unerwünschten Berichterstattung nicht namhaft machen kann, hält sie sich an Klöckner und Härlin.

Das dritte Vorstandsmitglied der Kooperative, der Grüne-Bundestagsabgeordnete **Dirk Schneider**, wird nicht mehr verfolgt — er gab frühzeitig die Erklärung ab, mit „radikal" nichts mehr zu tun zu haben, während die anderen beiden — auf Anraten ihres Anwalts — bei der Vernehmung schwiegen. Die Tatsachen sind aber dennoch glasklar. Der Prozeß gegen Benny Härlin und Michael Klöckner ist ein Skandal und eben auch ein Anschlag auf freies, unzensiertes Pressewesen.

Der Prozeß begann unter Richtern, die schnell als befangen — voreingenommen — zu erkennen waren und gegen die deshalb Befangenheitsanträge gestellt wurden — die sie selbst als „völlig abwegig" zurückwiesen. Den Angeklagten wurden gegen ihren Willen und gegen ihre Vertrauensanwälte Zwangsverteidiger beigeordnet, die, wenn sie ihr Schein-Mandat nicht niederlegen, nichts anderes sind als Büttel des Staates und der Strafverfolgungsbehörden.

Benny Härlin erklärte das zur Sache, was dazu zu sagen war. Der Prozeß wird fortgesetzt.

Wir fordern Freiheit für die Angeklagten!

Diese Karikatur fanden wir in der Westberliner Illustrierten „zitty". Sie gibt drastisch die Position wieder, von der aus viele Bürger die Polizei beobachten können.

„Bürger beobachten die Polizei" — so und ähnlich nennen sich im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin Initiativen, die ein Auge auf die Polizeiumtriebe haben und Übergriffe und Verbrechen der „Ordnungshüter" ans Licht bringen. Sie haben unsere uneingeschränkte Sympathie und wo es möglich ist, Unterstützung.

Polizeiterror in Neumünster

„Vorbeugend zur Wehr gesetzt"

„Es kommt oft vor, daß sich unsere Leute vorbeugend zur Wehr setzen müssen." So zitierte der „Stern" den Polizeichef von Neumünster, Polizeioberrat Henning Wulf. Was darunter zu verstehen ist, das bekam auf sehr schmerzhafte Weise der 43jährige Ewald Jansen zu spüren.

Mit zwei gebrochenen Rippen, einer 22 Zentimeter langen Schlagstockwunde und Prellungen am ganzen Oberkörper wurde er nach einem Zusammenstoß mit drei Neumünsteraner Polizisten ins Friedrich-Ebert-Krankenhaus eingeliefert. Dort erlitt er auch noch einen Herzanfall, weil er sich so aufgeregt hatte.

Von „zur Wehr setzen" kann bei den Polizisten nicht die Rede sein, und deshalb wurde wohl auch der Terminus des „vorbeugend zur Wehr setzen" geschaffen: Ewald Jansen wurde vor seiner Haustür zusammengeschlagen. Ein Polizist wollte seinen Sohn Stefan sprechen, der angeblich in einen Verkehrsunfall verwickelt gewesen sein sollte — was nicht zutraf; er hatte den ganzen Nachmittag zu Hause geschlafen. Der Polizist aber wollte Stefan sofort verhaften, als dieser seine Autopapiere nicht finden konnte. Daraufhin riß sich der Junge los und sperrte sich im Haus ein. Er wollte erst einen Anwalt anrufen. Der Polizist rief Verstärkung herbei, und zusammen verprügelten die drei dann Ewald Jansen, der sie nicht ins Haus lassen konnte — er war ohne Schlüssel vor die Tür gekommen. Daraufhin stürzte Stefan heraus. Die Polizisten nahmen ihn mit, den Vater ließen sie hilflos liegen. Den Festgenommenen brachten sie gleich zum Unfallort und führten ihn der dort versammelten Menschenmenge vor. Alle bezeugten: Das war nicht der Unfallfahrer. Trotzdem wurde Stefan Jansen nicht sofort freigelassen, sondern mußte sich erst noch einem Alkoholtest unterziehen.



Ewald und Stefan Jansen nach der Mißhandlung durch die Polizei. Stefan hat, was auf dem Bild nicht so deutlich zu sehen ist, eine lange Schürfwunde am linken Oberarm.

Inzwischen war auch Ewald Jansen zur Unfallstelle gekommen. Zur Reaktion der Polizisten sagt er: *„Als ich mich über die brutale Behandlung beschwert habe, meinten die Polizisten nur, ich soll das mal beweisen."*

Einen „alltäglichen Sachverhalt" nennt Polizeichef Wulf diesen Vorfall, den er natürlich beschönigend darstellt. Damit ist er, den Vorfall richtig dargestellt, allerdings ziemlich richtig.

Ewald Jansen wurde per Telefon bedeutet, das ganze sei ein Irrtum gewesen. Und er solle gefälligst keinen Wind um die Sache machen. Das ist aber nicht alles. Inzwischen wurde ein Verfahren gegen ihn angestrengt — wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt.

Kein Verzicht auf „Reizworte"

Eine bemerkenswerte Entschließung des Post-Gewerkschaftstages

Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei — gibt's das? Diese Frage stellten sich die Delegierten des Kongresses der Deutschen Postgewerkschaft in Hannover. Für sie schon wegen des hohen Anteils beamteter Mitglieder wichtig. Anlaß für die Debatte gab ein Entschließungsantrag, der vom Vorsitzenden und vom Stellvertretenden Vorsitzenden der DPG gerügt wurde — weil er teilweise „nicht der Sprachregelung des DGB-Bundesausschusses entspricht".

Dieser Bundesausschuß spricht nämlich offiziell nicht von Berufsverboten. In seiner „Sprachregelung" heißt das: „Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst"! Vorsitzender Kurt van Haaren meinte ebenso wie sein Stellvertreter Klaus Dieter Zemlin (CDU), daran solle man sich halten, auch wenn es, wie Zemlin bemerkte, bei der Bundespost eine zunehmende „verfassungswidrige politische Disziplinierung" gebe.

Die Delegierten entschieden anders. Nach langer und intensiver Diskussion stellte der Delegiertentag fest, Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote seien traurige Wirklichkeit und dürften auch nicht sprachlich verschleiert werden. Zu dieser Entscheidung trugen auch verschiedene Fallschilderungen bei, die Delegierte aus ihrer eigenen Erfahrung auf der Versammlung geben konnten. Als Beispiel sei der Bericht der Westberlinerin Christine Schulze Gerstein zitiert:

„Ich habe über den Fall bisher noch nie gesprochen, und es fällt mir auch heute ein bißchen schwer. Ich bin 1982 als freigestellter Personalrat beim Fernmeldeamt 1 gewählt worden. Ich bin weder Mitglied irgendeiner Partei noch engagiere ich mich irgendwo außerhalb in meinen gewerkschaftlichen Tätigkeiten. Ich war vier Stunden beim Referat 17. Beim Eintritt habe ich gefragt, ob ich jemanden vom Bezirkspersonalrat dazuholen könnte. Dies wurde abgelehnt. Mir wurde vorgeworfen, daß mich zwei Kollegen beschuldigt hätten, ich sei an verschiedenen Aktionen beteiligt gewesen, und ich sei Teamer der SEW. Sie haben verschiedene Punkte angeführt, die zeitlich nicht stimmten, was ich anhand meines Schichtdienstkalenders nachweisen konnte. Mir wurde dann nicht nur die SEW-Mitgliedschaft vorgeworfen. Mir wurde weiter eine KBW-Mitgliedschaft und eine KPD-Mitgliedschaft vorgeworfen, also insgesamt die Mitgliedschaft in drei Parteien, die sich völlig widersprechen. Auf meine Frage, ob man politisch nicht so informiert sei, habe ich die Antwort bekommen: 'Das sind Anschuldigungen, denen gehen wir nach'."

Ein Fall, der deutlich zeigt, wie weit die Schnüffelei geht, wie leicht man auf die Abschußliste kommen kann.

Die Delegierten nahmen den Entschließungsantrag gegen die Empfehlung des DPG-Vorstandes an. Eine ausgezeichnete Sache.

Vielleicht noch eine Anmerkung: Eine Debatte innerhalb der Gewerkschaft über solche Fälle würde sicher gefördert, wenn die innergewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen linke Organisationen aufgehoben würden. Wenn sich die Gewerkschaften nicht auch noch von sich aus der Verfolgung von Mitgliedern beispielsweise der KPD anschlössen. Auch das ist eine Sache, die dem gemeinsamen Feind, den Berufsverbietern und Schnüffelstaatlern, nur hilft, und die deshalb endlich im Interesse der Gewerkschaften über Bord geworfen werden muß.

Weg mit den 129a-Prozessen!

Mitte Oktober ging in **Stammheim** ein Prozeß zu Ende, der immer wieder mal als 129a-Verfahren für Aufmerksamkeit gesorgt hatte: Drei Angeklagte wurden verurteilt, weil sie im Frühjahr 1981 an Autobahnen **Parolen zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen gesprüht** hatten. Sie wurden nun allerdings nicht, wie das die Staatsanwaltschaft gefordert hatte, wegen Werbung für eine terroristische Vereinigung" verurteilt, sondern lediglich wegen **„Sachbeschädigung"**.

Auch wenn man unterstellt, daß der Hungerstreik selbst den „Fortbestand einer terroristischen Vereinigung" zum Ziel gehabt habe — das tut das Gericht (Oberlandesgericht Stuttgart, 5. Staatsschutzsenat) —, so müsse man doch zubilligen, erklärte der Vorsitzende, daß sich jemand aus seiner Sicht und aus menschlichen Motiven für die erklärten Ziele des Hungerstreiks, also z.B. die Zusammenlegung von mehreren Gefangenen, einsetzen könne. Das habe **nichts mit Werbung für die RAF zu tun**, eine solche Werbung sei auch für den „Durchschnittsadressaten", den Autofahrer auf der Autobahn, nicht ersichtlich. Daran ändere auch „überzogenes Vokabular wie **Isolationsfolter**" nichts. Man müsse auch davon ausgehen, daß aus der Sicht der Beschuldigten „gesundheitliche Gefahr durch die Haftbedingungen" für die Gefangenen gegeben gewesen sei.

...

Die Humanistische Union trat kürzlich mit der Forderung an die Öffentlichkeit, **alle** wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" **nach Paragraf 129a anhängigen Verfahren einzustellen**, da gegen Personen gerichtet sind, die für menschliche Haftbedingungen für Mitglieder der RAF oder anderer „terroristischer Vereinigungen" eingetreten sind. In einem Telegramm forderte die Organisation Generalbundesanwalt Rebmann auf, die notwendigen Konsequenzen aus dem oben angesprochenen Urteil des Stuttgarter Oberlandesgerichtes zu ziehen.

Im Anschluß an den Fernfahrerstreik:

Polizeiaktion gegen ÖTV-Sekretär

Vom 9. bis zum 11. Oktober traten etwa 20000 Fernfahrer in den Warnstreik (der Rote Morgen berichtete). In diesen Tagen kam es bereits zu Polizeieinsätzen: Bei Flensburg zum Beispiel gingen Beamte mit vorgefertigten Haftbefehlen gegen Fahrer vor, die mit ihren Wagen den Grenzübergang blockierten. Eine Woche nach den Streikaktionen, am 18. Oktober, brachen Beamte von Polizei und Staatsschutz in die Wohnung eines ÖTV-Sekretärs der Kreisverwaltung Lörrach ein.

Der Vorwand zu dieser schikanösen Polizeiaktion: Angeblich die Suche nach dem abhandengekommenen Zweitschlüssel eines Lastwagens einer Spedition. Einen richterlichen Hausdurchsuchungsbefehl konnten die Beamten nicht vorweisen. Ihr Eindringen begründeten sie mit „Verdunklungsgefahr" und „Gefahr im Verzuge"! Den Anlaß für dieses Vorgehen lieferte ihnen ein Speditionsunternehmer mit einer Anzeige, wonach der Gewerkschafter den gesuchten Schlüssel während des Warnstreiks an sich genommen haben soll. Die Gewerkschaft ÖTV hat Dienstaufsichtsbeschwerde eingelegt. Die Landesregierung Baden-Württembergs wurde aufgefordert, den mit der Aktion verursachten Schaden wiedergutzumachen und die noch andauernden polizeilichen Aktionen und Vernehmungen gegen verschiedene Gewerkschafter einzustellen. Vom baden-württembergischen Justizministerium war bisher nur in einem Brief zu lesen, im vorliegenden Fall sei eventuell die „Verhältnismäßigkeit der Mittel" nicht gewahrt worden.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Betrifft: „Blind", Herbstanfang 1983, Nr. 19/4

An die Mitarbeiter der „Blind"-Zeitung,
als ich am 22.10. zur Volksversammlung in Bonn war, wurde mir ein Exemplar Eurer „Blind"-Zeitung in die Hand gedrückt. Zuerst dachte ich: „Mensch, das ist wirklich eine gute Idee." Besonders die gelungene Aufmachung und die Artikel der Vorderseite gefielen mir sehr gut. Ich war überhaupt neugierig zu hören, was die KPD zu sagen hat, da ich noch nie mit einem Vertreter dieser Partei gesprochen habe.

Das erste, was ich auf der Rückseite las, war die NATO-Austrittserklärung und ich fand das gut. Was allerdings in den anderen Artikeln zu lesen war, hat mich nicht nur enttäuscht, sondern sehr wütend gemacht. So wütend, daß ich Euch jetzt diesen Brief schreibe, nicht um Euch zu beschimpfen, sondern um Euch zu zeigen, wie ihr auf friedliebende Demonstranten wirken könnt.

Ich möchte meine Eindrücke an Zitaten aus Eurer Zeitung darstellen:

„... sofort für den Schutz der Bevölkerung sorgen — u.a. für jeden Bürger einen Bunkerplatz." (Artikel: „Radikale Abrüstung")

Jeder weiß, daß die Schlußfolgerung der wichtigste und einprägendste Teil eines Artikels ist. Ihr sprecht richtig von den ungeheuren Rüstungskosten im Westen und Osten und weist auf die daraus resultierenden Versäumnisse hin, ihr sagt weiterhin, man solle nur solche Waffen behalten, die zur Verteidigung nötig sind. Wenn ihr jedem Bürger einen Bunkerplatz einrichten wollt, impliziert ihr die Möglichkeit eines Atomkrieges. Ich stimme mit Euch darin überein, daß die jetzige Bunkerplatzverteilung natürlich moralisch nicht vertretbar ist, doch welche Waffen, so frage ich Euch, wollt ihr dann behalten, um die BRD dann noch schützen zu können? Ihr rechnet also mit der Möglichkeit eines Atomwaffenbeschusses, selbst wenn wir nicht stationieren und abrüsten. Dagegen ist ja nichts einzuwenden, aber tut doch bitte nicht so, als hätte dann noch irgendjemand hier eine reelle Chance, das zu überleben. Tut doch bitte nicht so, als sicherte ein Bunkerplatz das Überleben und als gäbe es außerhalb dieses Bunkers noch Möglichkeiten für organisches Leben.

Ich halte eine solche Scheinargumentation für gefährlich, da ihr auch vor solchen Verzerrungen, schon Lügen, nicht zurückschreckt, um die Hoffnung der Leute ausnutzend, Werbung für Eure Sache zu machen.

2. „Deshalb: kein fremder Soldat auf deutschem Boden, kein deutscher Soldat auf fremdem Boden!" (Artikel: „Freiheit und Unabhängigkeit") „Deshalb brauchen wir die Arbeitermacht." (Artikel: „Arbeitermacht")

Die Forderung, die in dem ersten Artikel deutlich wird, unterstütze ich voll. Ihr geht aber nur sehr schwach darauf ein, was wir im Ernstfall, mit dem ihr ja rechnet, tun sollen. Ihr sprecht zwar von einer Volksarmee, darauf gehe ich später noch ein, aber das kann doch wohl nicht Eure Lösung sein. Die kleinere Armee, von der ihr sprecht, kann doch wohl kaum irgendeinen Widerstand gegen die Großmächte leisten. Oder glaubt ihr etwa, jeder, der in der BRD lebt, würde sich mit der Waffe in der Hand der Volksarmee anschließen und kämpfen? Dies ist nur eines von anderen Beispielen. Ihr bietet keine realistischen Alternativen, Vorschläge, mit denen ihr überzeugen könntet. Ihr sagt dem Arbeiter, der an die Gegenwart der fremden Soldaten gewöhnt ist und ihr oft vertraut, nicht, worauf er dann vertrauen soll.

So werdet ihr, meiner Meinung nach, keine Arbeitermacht gewinnen. Man muß außer Theorien auch konkrete realistische Vorschläge haben. Die Arbeiter, die ihr ansprechen wollt (z.B. mich als Angestellte), verlangen mehr.

3. „Armee im Sozialismus ... stattdessen Volksbewaffnung" (letzter Abschnitt des Artikels: „Volksarmee")

Was ihr hier verlangt, ist nicht nur undurchführbar, sondern eine bodenlose Unverschämtheit. Dadurch, daß ihr Rangabzeichen ablegt, schafft ihr keine Hierarchie ab. Ich frage mich, wie eine noch so kleine Armee funktionieren soll, wenn es keine Hierarchie gibt. Wollt ihr vielleicht vor jedem Schritt eine Vollversammlung einberufen? Auch ich greife unsere Bundeswehr an, ich finde sie überflüssig. Ich sehe die Gefahr in der Hierarchie, die jeden unterdrückt, zwingt sich Feindbilder anzueignen und zu gehorchen. Mit keinem Wort sagt ihr, wie ihr das in Eurer Armee ändern wollt. Weiter stelle ich den Sinn der von Euch geforderten Armee genauso in Frage, wie den der Bundeswehr. Wie wollt ihr Euch denn mit einer kleinen Armee ohne Massenvernichtungsmittel verteidigen? Ich spreche bewußt von Verteidigung, da dies ja bei Euch noch immer im Vordergrund steht.

Des weiteren finde ich die Idee einer Volksbewaffnung unmöglich. Ist es sinnvoll und moralisch vertretbar, auf der einen Seite zu entmilitarisieren und auf der anderen Seite den Bürger zu militarisieren? Wen wollt ihr denn bewaffnen? Mich jedenfalls nicht. Ich glaube an den Pazifismus und würde es strikt ablehnen mich oder meinen Nachbarn aufrüsten zu lassen. Das wäre für mich ein Grund, genauso massiven Widerstand zu leisten, wie gegen die Stationierung.

4. „Wir brauchen den Druck der Straße, gegen* die Regierenden hetzen." „Und wir Kommunisten denken auch nicht daran, uns aufzuregen, wenn bei den kommenden Aktivitäten auch mal ein Stein fliegen sollte." (Beide Zitate aus dem Artikel: „Widerstand")

Erstens bezweifle ich, ob ihr einfach eine Wir-Gruppe der Kommunisten aufstellen könnt. Von den Vertretern der DKP, mit denen ich bis jetzt gesprochen habe und die ja auch Kommunisten sind, habe ich solche Worte noch nie gehört. Ihr und auch ich leisten Widerstand gegen Gewalt, Unterdrükkung, Krieg. Was ihr hier aber propagiert, ist Haß und Gewalt. Man kann nicht für den Frieden eintreten, indem man gegen andere hetzt, sondern indem man über andere aufklärt. Wie kann man sich für den Frieden einsetzen, wenn man Steine wirft oder toleriert, das Eigentumsrecht anderer Mitbürger aufhebt, andere gefährdet und dies alles mit einem Akt der bloßen Gewalt? Gewalt gibt es nicht nur bei Völkermord.

Ihr verharmlost die Gewalt, wenn sie für Euch günstig ist. Das ist gefährlich und verurteilenswert. Frieden durch Gewalt ist wie Frieden durch Abschreckung. Ich frage mich, woher ihr diese Selbstüberschätzung und Unverschämtheit nehmt, so etwas am 22.10.83 in Bonn an die Leute zu verteilen, deren oberstes Ziel die Gewaltlosigkeit ist.

Das waren nur einige von vielen Beispielen. Ich bin über dieses Blatt maßlos wütend und behaupte, es hat nicht mehr Format als die „Bild"-Zeitung. Leider habe ich es nicht früh genug gelesen, sonst hätte ich denjenigen darauf angesprochen, der es verteilt hat. Ich finde, daß Leute, die so etwas schreiben oder unterstützen, auf einer Friedensdemonstration oder friedlichen Volksversammlung wie am 22.10. in Bonn, nichts zu suchen haben. Ich habe mit anderen Demonstranten gesprochen und weiß, daß es außer mir noch andere gibt, die sehr großen Wert darauf legen, nicht mit Leuten, wie den Verfassern dieses Blattes, identifiziert zu werden oder auch nur als Sympathisanten derselben zu gelten.

Ich fand es wichtig, Euch dies zu schreiben (wenn ich auch nicht sehr gut tippen kann). Ich habe mich sehr über die Einseitigkeit dieses Blattes aufgeregt und bemühe mich immer, nicht einseitig zu sein, d.h. bei mir, nicht nur den Westen zu kritisieren. Es ist deshalb von vornherein überflüssig, mich als manipulierten, meinungslosen Kapitalisten abzutun.
Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.
Silke B., Duisburg

*Anmerkung der Redaktion: Zitat muß richtig heißen: „Wir brauchen den Druck der Straße, gegen den die Regierenden hetzen."

USA — „Ausgewogen"

Lieber Roter Morgen!
Als eines der gängisten Argumente für die Politik des US-Imperialismus betreffs seines Einmischens in Krisengebiete wird von der reaktionären Seite immer wieder das dumm-dämliche Argument von der „Aufrechterhaltung der Ordnung" verwendet. Von der Seite der Reaktion aus betrachtet, stimmt das natürlich; erschreckend finde ich nur, daß selbst den USA sehr kritisch gegenüberstehende Leute, Gruppen (auch und gerade in der Friedensbewegung und bei den Grünen) sich durch Ereignisse wie Jumbo-Abschuß, Aktion gegen die USA-Truppen im Libanon etc. zu geradezu proamerikanischer Anteilnahme hinreißen lassen. Ablehnung der USA-Schweine ja, aber bitte mehr auch nicht, auf gar keinen Fall Gewalt. Das find' ich schlicht und einfach primitiv.

Nicht ein einziger „ausgewogener" Fernseh- oder Pressekommentar erwähnt, wie ihr das tut (RM Nr. 43, Seite 11), daß jeder Soldat in fremden Ländern, in die er als Kämpfer (für wen und was auch immer) geht, damit rechnen muß, zu sterben. Das ist die natürlichste Sache der Welt, und (zumal die GIs ja meistens Zivilisten bekämpfen) deshalb wäre Trauer über die toten Reagan-Knechte auf progressiver Seite mehr als dumm, meine ich.

Macht weiter so und viel Glück für den RM.
Achim aus Aplerbeck



Anti-NATO-Kleber

Die KJD hatte für die Friedenswochen Anti-NATO-Kleber herausgegeben. Aufgund der großen Nachfrage, laufen jetzt in der Druckerei die Maschinen wieder warm. Wer hat noch keine Kleber? Wer möchte noch die guten Anti-NATO-Ami-Raketen-Kleber? Acht verschiedene Kleber auf einem Bogen. Der Bogen kostet Stück 80 Pfennig. Bestellungen an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Spenden für den Roten Morgen — Jetzt noch einfacher!

Mal ehrlich! Wieviele von Euch haben schon zigmal diese Spalte gelesen und gedacht, nächste Woche schiebe ich dem Roten Morgen was rüber — und doch wieder vergessen. Dagegen haben wir jetzt ein geeignetes Mittel: Spenden im Lastschriftverfahren! Ihr braucht nur einmal den Ermächtigungszettel auszufüllen und schon könnt Ihr Eure Spenden vergessen — wir erledigen das für Euch.
Also: Wer regelmäßig etwas zur Unterstützung des Roten Morgen tun will, der füllt noch heute die Einzugsermächtigung aus.
Nebenbei: Mit Spenden aus Lastschriften können wir fest kalkulieren.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99)
Kto.-Nr. 321 004 547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto.-Nr. 6420-467

Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch widerruflich monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von .... DM zu Lasten meines Girokontos Nr. ....

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts) ....

Bankleitzahl ....

durch Lastschrift einzuziehen.
Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

....
(Name, Vorname, genaue Anschrift)

....
Ort, Datum Unterschrift

Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

	DM
J.L., Eppelheim	30,—
D.H., Düren	3,—
B.H., Ronneburg	200,—
I.H., Hamburg	400,—
B.S., Bremen	400,—
Spendenkonto Buchladen RM, Bremen	71,50
K.H.T., Kiel	10,—
K.H., Bielefeld	500,—
BAZ Möller, Brackwede	200,—
A. u. M.W., Köln	100,—
M.K., Bruchköbel	19,35
M.Sch., Westberlin	2,—
H.D., Düren	10,—
B.St., Tübingen	50,—
LBV Westfalen-Lippe	130,—
insgesamt	2125,85

Damit sind bisher 24549,43 DM an Spenden für den Roten Morgen bei uns eingegangen. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Vorabdruck aus „Zwischenruf links“, Zeitung der Kommunistischen Studenten, Nr. 10 November/Dezember 1983

Wargames — Krieg der Programme

Die Informatiker und das Pentagon

Ein amerikanischer Junge von 14 Jahren, Mitglied jener neuen Generation der Computer-Kids, sitzt mit glasigen Augen vor seinem Kleincomputer. Dieser hat gerade eine Telefonverbindung zu einem Großrechner hergestellt, welcher unserem Helden Spiele präsentiert wie Schach und Mühle, aber auch solche mit seltsamen Namen wie „world wide thermonuclear war“. Nach harter Codebrecher-Arbeit gelingt dem Jungen der Zugriff auf dieses System, doch das Spiel entpuppt sich bald als realer Alptraum: Er spielt hier mit dem Computer des Führwarnsystems der US Air Force, für die die einfache Simulation des Krieges gleichbedeutend ist mit einem real ablaufenden Krieg. In dem Bestreben, den unzuverlässigen Faktor Mensch aus dem System zu verbannen, hat man den Computer auch noch direkt an den Abschußmechanismus der Interkontinentalrakten gekoppelt, so daß der Film „Wargames“ schließlich nur durch den beherzten genialen Einsatz unseres Helden im Rechenzentrum des Frühwarnsystems, inmitten des unvermeidlichen Brimboriums von Computer-Multi-Bildschirm-Schau und militärisch knapper Befehlserteilung, haarscharf in Sekundenbruchteilen von der weltweiten Katastrophe in ein aufatmendes Happyend umprogrammiert wird. Dabei greift dieser Film, bei allen seinen Mängeln und Computer-Mystifizierungen, eine aktuelle Problematik auf: Welche Bedeutung hat der Computer für die Rüstung, fördert er einen „Krieg aus Versehen“, besonders im Zusammenhang mit den neuen Mittelstreckenraketen? Ich möchte hierzu einige Tatsachen und Gedanken beisteuern, die vor allem das Verhältnis von Informatik(ern) und Rüstungsforschung, speziell die neue Programmiersprache Ada des Pentagon betreffen.

Computer sind Maschinen, die Informationen verarbeiten, ihr Zweck ist die Rationalisierung der Kopfarbeit. Sie können verschiedene Formen annehmen und in verschiedenen Umgebungen für verschiedene Aufgaben eingesetzt werden: Ein Taschenrechner z.B. verarbeitet von Menschen eingegebene Daten zu einem von Menschen zu interpretierenden Ergebnis. Der Bordcomputer der Pershing II z.B. erhält als Eingabedaten das Radarbild des angeflogenen Gebietes und vergleicht es mit dem gespeicherten Bild des Zielgebietes, um daraus über einen Mechanismus zur Kurskorrektur den Sprengkopf selbsttätig ins Ziel zu lenken. Es handelt sich in diesem Fall um einen Computer als **eingebettetes System** (embedded system), der Signale aus einer Umwelt aufnimmt und auch selbst wieder über Signale an andere Geräte auf seine Umwelt einwirkt.

Das neuartige des Computers gegenüber einer gewöhnlichen elektronischen Schaltung ist seine (weitgehend) universelle Programmierbarkeit: Die Funktion des Computers wird nicht allein durch seine elektronischen Komponenten (seine **Hardware**) bestimmt, sondern wesentlich durch die Programme (seine **Software**), die ihm eingegeben und in ihm gespeichert werden. Programme sind Texte, die dem Computer genau vorschreiben, wie er seine Aufgabe auszuführen hat. Man kann ein Programm etwa mit einem Kochrezept vergleichen, das einem Menschen vorschreibt, wie er Zutaten (das sind die Eingabedaten) zu einem Gericht (das sind die Ausgabedaten) verarbeiten soll. Das Kochrezept (Programm) gibt einzelne Anweisungen, z.B. mische Zutaten zu einer Soße (addiere zwei Zahlen), und legt auch den Ablauf dieser Einzelhandlungen fest. Das Programm braucht aber keinen Menschen zu seiner Ausführung, es wird vom Computer interpretiert.

Im Laufe der technischen Entwicklung hat der Software-Teil der Computer gegenüber dem Hardware-Teil ein immer größer werdendes Gewicht erhalten, in technischer wie auch ökonomischer Hinsicht. Die grundlegend treibende Kraft hierbei war die technische Entwicklung der Hardware in den letzten Jahrzehnten: Durch die Erfindung der integrierten Schaltung („Chips“) und ihre ständige Miniaturisierung sanken die Hardware-Preise rapide. Dadurch wurde es ökonomisch möglich, größere und leistungsfähigere Rechner zu bauen, die auch größere und anspruchsvollere Programme benötigten. Auch wurde es profitabel, den digitalen Rechner in Bereichen einzusetzen, die vorher von der konventionellen (analogen) elektronischen Schaltungstechnik beherrscht wurden. Der in den 70er Jahren eingeführte Mikroprozessor (kleiner Rechner auf einem einzigen Chip) machte dies möglich. Es wurde billiger, ein Gerät zu erstellen durch die Programmierung von Standard-Rechnerbausteinen als durch den Aufbau einer speziellen Schaltung. Vor allem nachträgliche Änderungen des Systems sind bei Programmierung leichter auszuführen. Die US Air Force ließ dazu konkret einen Bomber-Typ sowohl mit konventioneller Elektronik als auch mit programmierbaren Rechnern bauen. Dabei waren Änderungen an der konventionellen Version 50 mal so teuer wie Änderungen der Software-Version. (1)

Aber trotz dieser hohen Effizienz der neuen Technik waren die Computer-Anwender, allen voran das Kriegsministerium der USA, noch nicht zufrieden, und das liegt an der sogenannten Software-Krise, von der ab 1968 gesprochen wurde. Es entwickelte sich eine immer größer werdende Diskrepanz zwischen der Hardwaretechnik, die immer komplexere Computeranwendungen möglich (oder vorstellbar) machte, und der Softwaretechnik, die den entsprechend gestiegenen Anforderungen an komplexe Programme nicht gerecht wurde. Um eine Vorstellung der Größenordnung zu erhalten: Das 1968 fertiggestellte Betriebssystem-Programm eines IBM-Großrechners hatte den Umfang von einer Million Einzelanweisungen, und verschlang zu seiner Programmierung einen Arbeitsaufwand von 5000-Mann-Jahren. (2) Solch große Programmsysteme wurden in den 60er Jahren zuerst vom militärisch-industriellen Komplex der USA in Angriff genommen. Die damals eingeführte Nuklearstrategie unterstellte die Waffensysteme (Interkontinentalraketen, U-Boote und Bomber) einem einheitlichen integrierten Operationsplan, der durch umfangreiche computergestützte Führungs-, Kontroll- und Planungssysteme realisiert werden sollte. (3)

Aber wie kann man überhaupt so große Programme schreiben, die auch (möglichst) fehlerfrei sind und das tun, was man von ihnen erwartet? Wie soll man ein großes Team von Programmierern managen, damit alle zusammen ein komplexes Programm erstellen? Überhaupt fehlten genügend ausgebildete Programmierer für diese Aufgaben. Das Programmieren hatte sich recht naturwüchsig als eine Art Kunsthandwerk entwickelt. In der Wissenschaft fehlte eine Theorie des Programmierens, in der Praxis fehlte die Methodologie. Den computergierigen Militärs und Konzernen war dieser Zustand untragbar. Die Softwareproduktion nahm den größten Anteil der Computerindustrie ein und sollte nun auch der Rationalisierung unterworfen werden.

Das Jahr 1968 ist wichtig für die weitere Entwicklung der Software-Technologie und gibt ein Beispiel für die „Potenz und die Fähigkeit des Militär-Industrie-Komplexes, die gesamte repräsentative „Fachwelt“ für seine Zielvorstellungen in Dienst zu nehmen“ (3). In diesem Jahr lud eine Arbeitsgruppe für Informatik des NATO-Wissenschaftskomitees „50 Fachleute aus allen Gebieten mit Software-Problemen“ zu einer Tagung mit dem Thema „Software-Engineering“ ein. Dieser Begriff war bis dahin noch nicht gebräuchlich, er war „absichtlich provokativ gewählt, um die Notwendigkeit herauszustellen, die Software-Produktion auf solchen Arten theoretischer Grundlagen und praktischer Methoden aufzubauen, wie sie in den etablierten technischen Bereichen bereits üblich sind“ (2). Die Konferenz erarbeitete ein Diskussionspapier, in dem nichts Geringeres als die Richtung eines neuen Wissenschaftszweiges innerhalb der Informatik festgelegt wurde. Die Forschungen auf diesem Gebiet liefen auch tatsächlich in den folgenden Jahren an. Folgt man dem Bericht in (2), so erklärt sich die Initialzündungswirkung dieser Konferenz erstaunlicherweise daraus, daß es die Teilnehmer überhaupt zum ersten Mal öffentlich wagten, die Unzulänglichkeiten der Softwareproduktion zuzugeben und offen zu diskutieren. Die NATO hatte also mit dieser Tagung genau ein Bedürfnis der Wissenschaftler getroffen, zumindest war jetzt das Thema etabliert und die Militärs konnten für die Zukunft eine Vielzahl nützlicher Forschungsergebnisse erwarten. Wenn auch die Errungenschaften der Informatik universell anwendbar sind, so läßt sich dennoch sagen, daß sie von interessierten Kreisen in eine bestimmte Richtung gelenkt werden. Inwieweit daraus eine „Militarisierung“ der Informatik folgt, ist eine offene und umstrittene Frage.

Ein weiteres Beispiel für militärischen Einfluß auf die Informatik ist die neue Programmiersprache Ada des Pentagon. Zunächst: Programme bestehen aus Text, und dieser Test muß in einer bestimmten Programmiersprache abgefaßt sein. Im Gegensatz zu natürlichen Sprachen ist die Programmiersprache künstlich konstruiert, mit einer formalen Grammatik, die so einfach ist, daß Programme vom Computer maschinell verarbeitet werden können. In der Programmiersprache muß sich der Programmierer dem Computer mitteilen, mit ihr muß er die Kluft zwischen seinem eigenen Denken und den einfachen Vorgängen in der Maschine überbrücken. Daher ist eine Programmiersprache angebracht, in der Programme möglichst natürlich und übersichtlich ausgedrückt werden können, ein Aspekt, der für die Rationalisierung der Software-Produktion wichtig ist. Dies war auch das Ziel des US-Kriegsministeriums, als es 1974 ein Programm zur Entwicklung einer neuen Programmiersprache startete. Die neue Sprache sollte die Vielzahl der in der US-Armee verwendeten Programmiersprachen ablösen und dadurch zu einer Standardisierung der Softwareproduktion beitragen. Sie sollte fortgeschrittene und erprobte Programmierkonzepte verkörpern und auch besonders die Programmierung eingebetteter Systeme (s. o.) unterstützen. (Solche Systeme halten einen Anteil von 56 Prozent an den jährlichen Softwarekosten des Pentagon von **3,5 Milliarden** Dollar (4).

Wieder gelang es den Militärs, einen großen Teil der Informatiker entsprechend ihrem Fachinteresse freiwillig und zum Teil auch unentgeltlich für sich einzuspannen. Hinzu kam die Vergabe direkter Aufträge an Sprachentwicklungsteams. Inzwischen ist die Sprache definiert und standardisiert und trägt den Namen Ada. Auch die Wahl dieses Namens verrät große Raffinesse, er soll erinnern an die erste „Programmiererin“ der Welt, Augusta Ada Byron, 1815 - 1852, ihr Bild wird oft in Publikationen über die Sprache abgedruckt. So wird der Programmiersprache Ada ein Image aufgeprägt, das ihre eigentliche Herkunft verschleiern und die Akzeptanz bei Informatikern fördern soll. Das Pentagon hofft jetzt, daß Ada zu einem weltweit anerkannten und benutzten Standard wird, vor allem daraus könnte es großen Nutzen ziehen. Aber der Erfolg von Ada ist noch nicht abzusehen: Die technische Realisierung ist noch nicht vollständig gelungen. Es gibt viele Kritiker der Sprache, die ihr eine zu große Komplexität und Unübersichtlichkeit vorwerfen. Der prominenteste dieser Kritiker ist der Engländer Prof. Hoare, einer der „Klassiker“ der Informatik. In dem folgenden Redeausschnitt spielt er auf die Tatsache an, daß bereits einmal eine Nasa-Rakete aufgrund von Unzulänglichkeiten der Programmiersprache Fortran auf ihrem Weg zur Venus verloren gegangen ist:

„... Ein einfacher Wissenschaftler kann nichts sagen, was der Flut von hundert Millionen Dollar standhält. Aber es gibt eine Qualität, die nicht auf diese Art erreicht werden kann — und das ist Zuverlässigkeit. Der Preis der Zuverlässigkeit ist das Streben nach äußerster Einfachheit. Es ist der Preis, den zu zahlen den sehr Reichen am schwersten fällt ... Und so wurden die besten meiner Ratschläge von den Urhebern und Entwerfern von Ada mißachtet. In dieser Sache appelliere ich an Sie, die Vertreter der Programmierzunft in den Vereingten Staaten und Bürger, die besorgt sind um das Wohlergehen und die Sicherheit des eigenen Landes und der Menschheit: Erlauben Sie nicht die Verwendung dieser Sprache in ihrem gegenwärtigen Zustand in Anwendungen, bei denen die Zuverlässigkeit wichtig ist, d.h. Atomkraftwerke, Marschflugkörper, Frühwarnsysteme, Raketenabwehrsysteme. Die nächste Rakete, die querschießt, braucht keine Raumforschungsrakete auf einer harmlosen Venus-Reise zu sein: Es könnte ein Atomsprengkopf sein, der über einer unserer eigenen Städte explodiert. Eine unzuverlässige Programmiersprache, die unzuverlässige Programme erzeugt, stellt für unsere Umwelt und unsere Gesellschaft ein weit größeres Risiko dar als unsichere Autos, giftige Stoffe oder Unfälle in Atomkraftwerken.“ (5)

Bleibt noch zu erwähnen, daß auch im Fachbereich Informatik der Universität Karlsruhe unter der Leitung von Prof. Goos Arbeiten zur Realisierung eines Compilers für Ada laufen, die vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung finanziert werden. Und es bleibt zu erwähnen, daß sich besonders in der Bundesrepublik unter Informatikern eine Bewegung entwickelt, welche die Kritik an der militärischen Verwendung der Informatik noch weiter führt, als dies Prof. Hoare getan hat.

Literatur:

1. Martin, E.W.: Strategy for DoD Software Initiative. IEEE Computer 16, 3 (March 1983) 52 - 59
2. Randell, B.: Software Engineering in 1968 Proc. 4th Int. Conf. on Software Engineering 1979, pp 1 - 10
3. Reisin, M.: Computerisiertes Militär — militarisierte Informatik? 12. GI-Jahrestagung, Informatik Fachberichte
4. Clausen, H.D.: Die Programmiersprache Ada. in: Hofmann, Hans W.; Huber; Molzberger (Hrsg.), Führungs- und Informationssysteme, Oldenbourg Verlag, München 1982
5. Hoare, C.A.R.: The Emperor's Old Clothes. Communications of the ACM 24, 2 (Feb. 1981) 75 - 83

Hände weg von Grenada! Demonstration in Köln 5. November 1983 Treffpunkt 11 Uhr an der PH

Am 5. und 6. November findet die nächste Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln statt. Auf Beschluß des Koordinationsausschusses wird dieser Konferenz eine Demonstration gegen den Überfall der USA auf Grenada vorangestellt, die am 5.11. um 11 Uhr an der Kölner Pädagogischen Hochschule in der Gronewaldstraße 2 beginnt. In dem Aufruf zu dieser Demonstration heißt es:

„Wir verurteilen schärfstens die brutale militärische Intervention und Besetzung Grenadas durch die USA und der mit ihnen verbündeten Karibikstaaten. Dieser Aggressionsakt ist eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und tritt die Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht des grenadischen Volkes mit Füßen.

Grenada hatte sich 1979 von einem korrupten Terrorregime befreien können und hat seitdem einen eigenständigen Entwicklungsweg auf der Grundlage einer Politik für Frieden, Gerechtigkeit, Demokratie, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt verfolgt.

Wir sind tief betroffen über die jüngsten internen Auseinandersetzungen in Grenada, die u.a. zum Tode des bisherigen Premierministers Bishop führten.

Wir stellen aber mit aller Deutlichkeit fest, daß sich daraus keinerlei Legitimation für den US-amerikanischen Überfall ergibt.

Besonders besorgniserregend ist für uns als Bürger der Bundesrepublik zudem, daß die USA, die in diesem Herbst ihre Offensivwaffen in unserem Land stationieren wollen, offensichtlich nicht bereit sind, die Prinzipien des Völkerrechts zu respektieren.

Wir fordern den bedingungslosen und sofortigen Abzug der US-Truppen von Grenada und die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts für das grenadische Volk ohne jede Einmischung von außen.

- *Sofortiger Abzug der US-Truppen!*
- *Für das Selbstbestimmungsrecht des grenadischen Volkes und der karibischen und mittelamerikanischen Völker!*
- *Verurteilung der Invasion durch die Bundesregierung!“*

Friedensfest in Laichlingen

Umsonst und drinnen!
Thema: Immer noch Frieden — Auch nach dem „heißen Herbst“
Samstag, 5. November 1983
Beginn: 16 Uhr
Laichlingen (Schwäbische Alb), Daniel-Schwenkmezger-Halle
Veranstalter: Jugendhaus Laichlingen
Es treten auf:
Snowgoose, Bagage, Bridge, Ozan Yoldas, Freewheelin' Franklin
Rahmenveranstaltung zum Thema Frieden und Umwelt

Grenada Hintergrund



„Schwestern und Brüder! ... Wenn wir an die klaren und zerstörerischen Vorbilder der US-Interventionen und Aggressionen in unserer Region denken, und wenn wir die schon laufende Intervention gegen Nicaragua betrachten — dann mußten wir uns entschließen, die gegenwärtige Gefahr als real anzusehen. Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der zudem auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, öffentlich und in aller Deutlichkeit erklärt, das winzige Grenada sei eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der gewaltigen und mächtigen USA, und wenn seine Spitzenberater und Spitzenmilitärs darauf drängen, daß nun die Zeit gekommen sei, „den schönen Worten Taten folgen zu lassen" (to put teeth into their rhetorics"), dann ist klar, daß Goliath seine Aufmerksamkeit auf David gelenkt hat ..."

Maurice Bishop in einer Rundfunkansprache am 23.3.1983



Flughafenbau in Grenada

Abbruch einer hoffnungsvollen Entwicklung

Durch den Aufbau von landwirtschaftlichen Kooperativen und einer eigenen Agroindustrie konnte die Produktion von Grundnahrungsmitteln gesteigert werden. Wo vor 1979 nur Bananen, Kakao und vor allem Muskatnüsse für den Export angebaut wurden, entstanden zunehmend Obst- und Gemüseplantagen und Weizenfelder. Um alle ausreichend zu versorgen, wurden darüber hinaus importierte Grundnahrungsmittel staatlich subventioniert. Daneben wurde der Tourismus als wichtiger Devisenbringer gefördert.

Der Lebensstandard der Bevölkerung stieg merklich an. Durch Sozialprogramme konnte die Arbeitslosenquote um 20 Prozent gesenkt werden. Durch staatliche Bau- und Renovierungsmaßnahmen wurde die Wohnungsnot gemildert. Hauptziel in der ersten Phase der Revolution war der Ausbau des Erziehungswesens. 1979 begann mit 3000 Freiwilligen eine große Alphabetisierungs- und Weiterbildungskampagne. Im Rahmen eines nationalen Gesundheitsprogramms wurden in allen Dörfern Gesundheitsposten geschaffen, die mit Verbandszeug und den nötigen Medikamenten ausgerüstet waren. Über Jugendorganisationen, Frauenliga, Volksmiliz sowie Räten auf Dorf- und Bezirksebene sollten alle die Möglichkeit haben, an der Neuorganisation der Gesellschaft teilzunehmen.

Außenpolitisch reihte sich Grenada in die Bewegung der Blockfreien ein. Von Anfang an war der revolutionäre Prozeß Grenadas bedroht durch politische und wirtschaftliche Destabilisierungsversuche der Vereinigten Staaten, die ein „zweites Kuba" in ihrem „Hinterhof" nicht zulassen wollten.

(Informationsstelle Lateinamerika e.V. (ila), Bonn, Oktober 1983)

Was die US-Imperialisten in Grenada zerstören wollen, was für die Menschen in Grenada und die ganze Region wichtig war, sollen zwei Erfahrungsberichte aus Grenada selbst darstellen. Wir haben sie aus früheren Veröffentlichungen der „Hamburger Initiative zur Grenada-Solidarität" entnommen. Diese Initiative, heute mit beim „Karibik Informationszentrum Hamburg", hat auch — kurz vor dem Putsch und der Invasion — eine ausführliche Dokumentation über Grenada herausgegeben. Titel: **„Grenada. Die große Revolution auf einer kleinen Insel"** Beiträge zur Geschichte, zu Wirtschaft, Sozialwesen und Politik sowie Literaturhinweise, Fotos und Karten. Diese Broschüre ist für 3,50 DM zuzüglich Versandkosten zu bestellen bei: Karibik Informationszentrum Hamburg, Nernstweg 32—34, 2000 Hamburg 50.

Das Hauptangriffsobjekt der USA hätten die EG-Staaten bauen sollen.

Der große Wirbel um den Flughafen

Der geheimnisumwitterte, bedrohliche Groß-, Militär-, Russenstützpunktflughafen von Grenada war jahrelang zu besichtigen. Der Besuch der Großbaustelle stand auf dem Programm von Touristen, jedermann konnte alles fotografieren.

Die amerikanischen Studenten, die sich zu Hunderten auf Grenada befanden, veranstalteten auf den Sandpisten der Baustelle Motorradrennen.

Und die Pläne waren bekannt: immerhin war das Projekt von einer angesehenen kanadischen Beraterfirma entwickelt worden, lag jahrelang bei den Behörden der EG-Staaten, die um Mitfinanzierung dieses Flughafens gebeten worden waren.

Kurz: die gesamte Geschichte von der militärischen Bedrohung, die von diesem Projekt ausgehen solle, ist erstunken und erlogen, ausgekocht in den Büros in Washington, beim CIA, beim Pentagon im Weißen Haus.

Die Forderung nach einem Flughafen, der es großen Verkehrsflugzeugen ermöglicht, die Insel anzufliegen, ist mindestens schon 25 Jahre alt. Nur hat es vor der Revolution von 1979 keine Regierung geschafft, das Projekt zu realisieren. Der Flughafen bei Point Salines sollte eine 3000 Meter lange Landebahn bekommen, um vor allem den Touristenstrom auf der Insel aufzunehmen. Bislang können höchstens zweimotorige alte Flugzeuge mit maximal 50 Passagieren die Insel anfliegen, das auch nur tagsüber und bei gutem Wetter. Die Förderung des Tourismus und natürlich auch die Unabhängigkeit von den anderen Staaten waren die Hauptgründe für die Flughafenprojekt.

Nach der Planungsphase durch eine kanadische Firma hatte Grenada vor allem bei den EG-Ländern um Finanzierungshilfe angefragt.

Noch während die EG-Kommissionen und, in Brüssel, die zuständigen Minister in Bonn, Paris und London berieten, begann die Propagandaoffensive der US-Regierung. Bei Experten waren die großen Worte von der Bedrohung der USA nie ernst genommen worden. Man wußte, daß das Flughafenpersonal in England ausgebildet wurde, Beamte der US-Navy und der Luftwaffe versicherten einem Kongreß-Abgeordneten, dieser Flughafen „werde nie eine Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellen". Andere Senatoren wollten die Warnungen auch nicht ernstnehmen. Als der Senator Lloyd Bensten von den aus Grenada drohenden Gefahren hörte, fragte er nach: „Sie meinen das doch nicht im Ernst?" Doch — zumindest tat man so. In Europa besonders eifrig. Als Reagan die Verleumdungskampagne begann, wurde das Finanzierungsersuchen von Grenada ganz plötzlich abgelehnt. Plötzlich hieß es, das Flughafen-Projekt sei „für touristische Zwecke zu groß dimensioniert". Nur ist der Punkt dabei, daß Militärflugzeuge in der Regel gar nicht so große, lange Landebahnen benötigen, wie etwa Touristen-Jumbos. Dennoch waren die europäischen Behörden den USA zu Diensten, lehnten ab, noch bevor eine Gruppe von Parlamentariern, die in Grenada vor Ort die Situation überprüfen sollte, überhaupt ihren Bericht vorgelegt hatte.

Anlaß für diese schnelle Absage, die laut „Le Monde" mit „extraordinärer Geschwindigkeit" durchgesetzt wurde, war eine Reagan-Rede, in der der Präsident der USA den Flughafen als Stützpunkt und Zwischenlandungsstelle für kubanische Flugzeuge auf dem Wege nach Afrika dargestellt hatte.

Noch als die EG ablehnte, beim Bau mitzuhelfen, waren die Kubaner zur Stelle. Bauarbeiter und schwere Baumaschinen standen der Regierung von Grenada schnell zur Verfügung, der Bau konnte beginnen.

Was die US-Truppen jetzt zerstören, war also ganz eindeutig keine Militärbasis der Sowjets, sondern ganz eindeutig der Versuch der Menschen und der Regierung von Grenada, ihre Möglichkeiten zu nutzen, ihr Land Erholungssuchenden und Urlaubern zu öffnen, sich aus ausländischer Abhängigkeit zu befreien.

Grenada: Kurzer chronologischer Abriß

1968 wird die britische Kronkolonie Grenada nach innen ein autonomer Staat, bleibt aber „Associated State" im britischen Commonwealth. Der gewählte Regierungschef Eric Gairy, ein früherer Gewerkschaftsbonze, regiert diktatorisch. **1974** wird Grenada voll unabhängig, es kommt zu ersten breiten sozialen Kämpfen. Das Regime Gairy kann sich nur durch verstärkte Repression, die Anforderung von britischen Kriegsschiffen und massive Wirtschaftshilfe halten. Die **1973** gegründete linke Oppositionspartei „New Jewel Movement" (NJM) wird von Gairy nur mit massiver Wahlfälschung und Unterdrückung von der Regierung ferngehalten. **1976** kommt es zu den letzten Wahlen, nur knapp unterliegt die Partei des Maurice Bishop, das gewählte Parlament wird zu einem reinen Akklamationsorgan für den Diktator Gairy. Im Jahr **1979** erreichen die sozialen Unruhen und Proteste ihren Höhepunkt. Viele Verhaftungen und politische Morde, unter anderem wird der Vater von Maurice Bishop erschossen, führen zur Revolution vom **13. März 1979.** Die neue Regierung (People's Revolutionary Government, PRG) erklärt den Aufbau einer rätedemokratischen Ordnung, die Sanierung der Wirtschaft und die Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung zu den wichtigsten Zielen. Die Wirtschaft soll nach einem gemischten System („mixed economy") von Staatssektoren und Privatwirtschaft organisiert werden. Baldige Wahlen werden versprochen.

Schon **1979**, aber verstärkt auch **1980** beginnen die USA Grenada unter Druck zu setzen. Nicht nur wirtschaftliche Druckmittel werden eingesetzt, nachweislich hatte der CIA auch seine Hände bei verschiedenen Sprengstoffanschlägen und anderen Destabilisierungsversuchen im Spiel. Die Regierungspartei schließt sich der sozialdemokratischen Sozialistischen Internationale an, versucht auch mit den EG-Staaten in politischem und ökonomischem Kontakt zu bleiben, die meiste effektive Hilfe im Bauwesen, Schulwesen und der medizinischen Versorgung aber kommt aus Kuba.

1982 muß sogar die imperialistische Weltbank der Regierung Grenadas große Erfolge bei der Sanierung der Wirtschaft zugestehen. Die Verschuldung nimmt ab, die Arbeitslosigkeit ist enorm gesunken. Innerhalb des New Jewel Movements kommt es zu immer größeren ideologischen Auseinandersetzungen. Vor allem Kräfte um den Vizepremier Coard fordern eine Forcierung des sozialistischen Aufbaus, die Mehrheit um Maurice Bishop will eine eher „gemäßigte Gangart". Im Rahmen der Arbeit einer Verfassungskommission treten die Differenzen offen zu tage. Ein Vorschlag, der die Beibehaltung der Rätestrukturen auf Grenada und freie Wahlen fordert, wird von den Leuten um Bernard Coard abgelehnt. Maurice Bishop verteidigt sie nicht zuletzt, um seine Beziehungen zum Westen aufrecht erhalten zu können und zu verbessern. Bernard Coard will eine engere Anlehnung an den Ostblock. **Am 12. Oktober 1983** bricht dieser Konflikt auf einer Sitzung des NJM offen aus. Am **14. Oktober** fordert Bernard Coard offen eine Machtteilung zwischen ihm und Bishop, bzw. den dahinter stehenden politischen Kräften. Am **16. Oktober** wird die Absetzung Bishops offiziell bestätigt, der Ministerpräsident wird unter Hausarrest gestellt. Am **18. Oktober** treten sieben Minister der PRG zurück. Am **19. Oktober** wird Bishop von zehntausenden Menschen befreit, am gleichen Abend sind er, drei weitere Minister und zwei Gewerkschaftsführer erschossen. Der Generalstabschef Grenadas, Hudson Austin, steht jetzt an der Spitze eines „Revolutionären Militärrats", verhängt den Ausnahmezustand und eine totale Ausgangssperre.

Am **20. Oktober** verurteilen die benachbarten Karibik-Staaten heuchlerisch die Ermordung Bishops, die USA bilden einen Krisenstab. Am **21. Oktober** nimmt der US-Flugzeugträger „Independence" mit anderen Kriegsschiffen Kurs auf Grenada. Auf einer Sondersitzung der karibischen Wirtschaftsgemeinschaft CARICOM beschließen die Nachbarstaaten Grenadas eine totale Wirtschafts- und Verkehrsblockade gegen den Inselstaat. Auch der britische Zerstörer „Antrim" nimmt Kurs auf Grenada. Vorläufig letzter Akt: Am Morgen des **25. Oktober** landen US-Truppen mit Unterstützung von Soldaten aus sechs Karibik-Staaten auf Grenada.

Hier nun die Erfahrungsberichte. Der erste ist von November 1982

Revolution in der Karibik — Grenada

„Ich kenne einen, der hat Verwandte in Italien ...". Die Versammlung dreht sich verwundert um zu einem alten Mann in der letzten Reihe, der mit leuchtenden Augen erklärt: „... die können uns eine Spaghetti-Maschine besorgen". Fünfzig Augenpaare sehen gespannt auf den Mann aus Grenville. Den irritiert das offenkundige Unverständnis, das seiner Idee entgegengebracht wird. „In Grenada", fährt er fort, „werden verdammt viele Devisen dafür vergeudet, um Spaghetti einzuführen. Deswegen, meine ich, müssen wir eine Spaghetti-Maschine einkaufen und in Grenada Spaghetti selbst herstellen!" Der Versammlungsleiter aus dem Wirtschaftsministerium notiert ruhig den Vorschlag, doch bei den Besuchern des Parish-Council von St. Andrews an der Ostküste Grenadas ruft der Gedanke nach wie vor Verwirrung hervor. Gibt es keine anderen, wichtigeren Probleme und offenen Fragen? Milchproduktion ist doch wohl wichtiger als Spaghetti „produced in Grenada"?! Zwischenrufe, vereinzeltes Gelächter, fast alle Teilnehmer haben sich jetzt gleichzeitig auf die Tagesordnung gesetzt. „Genossen! Wir wollen jeden Vorschlag ernsthaft prüfen!" Zunächst nur mühsam setzt sich der Versammlungsleiter durch. Der alte Mann aus Grenville nimmt seinen Platz stolz wieder ein; die Versammlung bespricht jetzt das Für und Wider. Nach kurzer Aussprache wird festgestellt, daß Grenada zur Zeit diese Idee nicht verwirklichen kann, aber der Gedanke, Nahrungsmittel in verstärktem Maße selbst herzustellen, sei in der Tat das Gebot der Stunde: "Eat what you grow — grow what you eat!"

Fünf Minuten an einem Parish-Council. Ein Fünf-Minuten-Ausschnitt aus einer monatelangen nationalen Debatte um den Haushaltsplan 1982. Im ersten Augenblick mag der Vorschlag des Manns aus Grenville vielleicht absurd scheinen. Aber der Ablauf der Diskussion macht eines sehr, sehr deutlich: Jede und jeder kann sich an der Diskussion beteiligen, es wird niemand beschnitten, weil der einzelne Beitrag vielleicht „unqualifiziert" ist. Die Leute aus dem Wirtschafts- und Finanzministerium, die sich wochenlang darum reißen, um in den Frauen-, Arbeiter-, Jugend- und Gemeindeversammlungen den Vorschlag zum Haushaltsplan zur Diskussion zu stellen, werden alle Ideen, Kritiken, Redebeiträge prüfen — das wissen die Teilnehmer; sie wissen, diese Versammlungen sind nicht einfach Alibiveranstaltungen zur Legitimierung der Regierungspolitik. Die Councils bilden die Strukturen heraus für eine staatliche Formation, in denen die Entscheidungen von unten kommen.

Sicher, das **rätesystemartige** Modell — wie in dem Programm des „New Jewel Movement" (NJM), dem „Manifesto", 1973 beschrieben — ist noch nicht Wirklichkeit geworden. Danach sollen staatliche Entscheidungen auf den Beschlüssen der Arbeiter-, Frauen-, Jugend- und Gemeinderäte basieren. Heute dagegen spricht die New Jewel Movement und die Revolutionäre Volksregierung (P.R.G.) von "People's Participation" und „People's Involvement", also Mitsprache. Um der Parole: „Das Schicksal in die eigenen Hände nehmen" sich in der Realität anzunähern, verstehen NJM und PRG diese landesweiten Debatten als einen ersten, wichtigen Schritt.

Der zweite Bericht, Erfahrungen nach einer Reise ins freie Grenada ist im März 1983 geschrieben.

Cooperativen in Grenada

Vor der Revolution versuchten Jugendliche, landwirtschaftliche Cooperativen aufzubauen, konnten jedoch keine Darlehen von Privatbanken erhalten. Außer Finanzie-

Fortsetzung auf Seite 11

Argentinien nach den Wahlen

Die Verbrechen der Diktatur sind noch nicht aus der Welt

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgen“ sind die genauen Ergebnisse der ersten Wahlen in Argentinien nach zehn Jahren noch nicht bekannt. Es zeichnet sich ein Sieg der sozialdemokratisch orientierten Radikalen Partei um den Präsidentschaftskandidaten Raul Alfonsin ab, die Peronisten um Italo Luder scheinen geschlagen zu sein.

Nach fast achtjähriger Militärdiktatur konnten am vergangenen Sonntag die 17,5 Millionen argentinischer Wahlberechtigter erstmals wieder wählen. Sie bestimmten mit dem Urnengang ein 600 Leute starkes Wahlmännerkollegium, das neben den Präsidenten und den Vizepräsidenten auch das Bundesparlament, die Provinzparlamente, die Gouverneure, Bürgermeister und Stadtverordnete ernennen wird.

Nach dem totalen Abwirtschaften der Militärdiktatur hatten die Argentinier an eigentlicher Wahlentscheidung nur die Wahl zwischen der peronistischen Partei und der Radikalen Partei. Das sich abzeichnende Wahlergebnis zugunsten der Radikalen Partei ist sicherlich positiv zu bewerten, ob eine Regierung unter dem Präsidenten Raul Alfonsin allerdings mit den vielfachen und brennenden Problemen des Landes fertig werden wird, ist mehr als zweifelhaft.

Es ist in Argentinien nicht nur eine Frage, wie die tausendfachen Verbrechen der Militärs geahndet werden, für die Zukunft unmöglich gemacht werden. Die Junta hat noch vor ihrem Abtritt eine Amnestie für politische Straftaten verkündet, die vor allem sie selbst vor Verfolgung durch eine bürgerlich-parlamentarische Regierung schützen soll. Damit soll verhindert werden, daß die Verantwortlichen für Zehntausende Verschwundene, Verschleppte, Ermordete, die Verantwortlichen für politische Unterdrükkung und Folter zur Rechenschaft gezogen werden. Und eine weitere Frage, die zur Lösung ansteht, ist die des Verhältnisses einer neuen Zivilregierung zum Militär überhaupt. Der Plan der alten Diktatoren, sich einfach in die Kasernen zurückzuziehen, unter Beibehaltung ihrer Macht im Hintergrund stehen zu bleiben, darf nicht durchkommen. Eine neue argentinische Regierung wird auch daran zu messen sein, wie sie den reaktionären faschistischen Sumpf in den Militärkreisen bekämpfen wird.

Ein zweites großes Problem ist die wirtschaftliche und soziale Lage im Land. Das Erbe der Militärdiktatur ist verheerend. Nach dem Militärputsch vom 24.3.1976 ging es mit der argentinischen Wirtschaft strikt bergab. Kurzfristige Profitmacherei argentinischer, westdeutscher und anderer Monopole ging voll zu Lasten des Volkes.


Protest gegen die Militärjunta in Argentinien

Heute hat Argentinien über 40 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden, die Inflationsrate ist bei 300 Prozent angekommen. Der Produktionsrückgang der Industrie insgesamt beträgt 17 Prozent bei einem Rückgang der Anzahl der Industriearbeiter um 30 Prozent. Hunderte Firmenpleiten haben im Landesdurchschnitt zu einer Arbeitslosigkeit von 20 Prozent geführt, regional ist sie teilweise wesentlich höher.

Die Militärdiktatur, wie üblich im Kampf gegen „Terrorismus“ und für „Stabilität“ von allen westlichen Industrieländern begrüßt, ist kürzlich sogar unter Beschuß bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler geraten. So hat der argentinische Professor für Wirtschaftswissenschaften Dr. Walter Beveraggi den letzten Wirtschaftsminister des Landes verklagt. Konkreter Punkt der Anzeige: „Wirtschaftliche Subversion“. In der Begründung seiner Anzeige schreibt Beveraggi unter anderem: „Die Tätigkeit der Guerilla und des Terrorismus spielen nur eine untergeordnete Rolle in der großangelegten internationalen Subversion, die von internationalen Bankiers und Finanzleuten gehandhabt wird, die in unserem Land über aktive Komplizen verfügen und die sich völlig den Anweisungen und Wünschen ihrer Auftraggeber unterwerfen.“

„Und diese Auftraggeber sind nicht nur — wie so oft — der Internationale Währungsfond und die imperialistische Weltbank, sondern im Falle Argentiniens auch ausgesprochen stark westdeutsches Kapital.

Eine neue Regierung in Argentinien, die auch nur ansatzweise Versprechungen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit einlösen will, wird sich nicht nur mit den Verbrechen der Militärs zu befassen haben, sondern muß auch gegen die Kräfte vorgehen, die das Land dem internationalen Imperialismus zur Ausplünderung freigegeben haben und immer noch die eigentliche Macht im Staate bilden.

6. November: Wahlfarce in der Türkei

Von Demokratisierung keine Spur

Am Sonntag, dem 6. November, finden in der Türkei Wahlen statt. Den Namen Wahlen verdienen sie eigentlich gar nicht. Die fast 20 Millionen Wahlberechtigten, die bei Androhung hoher Geldstrafen wählen gehen müssen, können höchstens mitbestimmen, welche der beiden großen, den Generälen und eigentlichen türkischen Machthabern treu ergebenen politischen Parteien die meisten Staats- und Regierungsämter besetzen wird.

Gerade bei den europäischen „Partnern“ des türkischen Militärregimes, vor allem aber aus Bonner Regierungskreisen wurde eine weitere Unterstützung der Türkei immer von Schritten zur Demokratisierung abhängig gemacht. Die von den faschistischen Generälen verordnete Wahlfarce aber ist das genaue Gegenteil. Keinerlei Demokratisierung, sondern die bestehenden Machtstrukturen mit einem parlamentarischen Mäntelchen zu umgeben, das ist Ziel der Prozedur vom 6. November.

Zum einen wurde die Zulassung der Parteien und einzelner Politiker, die Bestimmungen über Aufgaben und Rechte der Parteien schon dermaßen eng — im Sinne der Junta — gehandhabt, daß sich nur absolute Freunde und Komplizen der Militärs zur Wahl stellen konnten. Zum anderen aber sind die Aufgaben des Parlaments, der Regierung nur im Rahmen dessen durchzuführen, was die faschistische Junta erlaubt hat, und erlauben wird. Die im November zu wählenden Abgeordneten sind lediglich Marionetten der Generalität, die keinen Finger breit von der Linie der Junta abweichen könnten, wenn sie es — was nach der Vorauswahl auszuschließen ist — überhaupt wollten.

Neben den völlig undemokratischen Vorgängen um Wahlzulassung und den praktisch nicht vorhandenen Möglichkeiten einer parlamentarischen Vertretung, hat die Junta zusätzlich noch ein ganzes Paket von Gesetzen und Bestimmungen erlassen, die jegliche demokratische Regung, jede Spur von Opposition im Lande unmöglich machen, beziehungsweise unter Strafe stellen.

Hochschulen, Forschung und Lehre sind strikt reglementiert. Die Gewerkschaften geknebelt, die Presse darf nur noch als Junta-Sprachrohr artikulieren, die kurdische Minderheit im Lande ist politisch und kulturell völlig rechtlos, von einem Ausrottungs- und Vernichtungsfeldzug bedroht.

Staatspräsident Evren, der Chef der Militärjunta — auch wenn er jetzt den Uniformrock ausgezogen hat — ist praktisch unumschränkter Herrscher, die weitere Anwendung des Kriegsrechts, auch nach den Wahlen, schon für notwendig erklärt.

All das passiert im Sinne der „Stabilität“ dieses Landes als Bastion des aggressiven NATO-Bündnisses, das die Türkei als Aufmarschplatz und Stützpunkt für den Nah-Ost-Raum benötigt, das hier einen starken Wall gegen den Sozialimperialismus aufbaut. Ständen nicht diese massiven westlichen imperialistischen Interessen hinter der Junta, die sich in konkreter wirtschaftlicher, militärischer und politischer Unterstützung der Junta äußert, die Diktatoren wären schon lange hinweggefegt worden.

Zum zweiten darf auch nicht vergessen werden, daß neben diesen militärischen Interessen auch ganz konkrete wirtschaftliche Interessen im Spiele sind. Westliche Monopole, nicht zuletzt Großkonzerne aus der Bundesrepublik, verdienen sich dumm und dämlich an einem Land, in dem die Militärs die Gewerkschaften zerschlagen, die Arbeiter völlig rechtlos gemacht haben, sie mittels einer faschistischen Diktatur bis aufs Blut auspressen.

Die Wahlfarce vom 6. November, der Versuch der Junta, sich demokratisch zu bemänteln, ist nicht zuletzt auch im Interesse der westdeutschen Profiteure der türkischen Diktatur, die der in der Bundesrepublik entstandenen kritischen Haltung zu diesem Staat den Wind aus den Segeln nehmen wollen.

Fortsetzung von Seite 10

rungshilfen benötigten sie auch Ausbildung und Zugang zum Land. Um diese Voraussetzungen zu schaffen, wurde die NACDA (National Cooperative Development Agency) im April 1980 von der Regierung Grenadas (People's Revolutionary Government) als gesetzmäßiger Bestandteil des Landwirtschaftsministeriums gegründet.

Drei Hauptgründe veranlaßten die Regierung zu diesem Schritt:
1. die hohe Arbeitslosenquote (insbesondere bei Jugendlichen und Frauen)
2. der hohe Anteil brachliegenden fruchtbaren Bodens
3. der hohe Prozentsatz importierter Nahrungsmittel

Um unabhängiger von Nahrungsmittelimporten zu werden, wurde das Schwergewicht auf landwirtschaftliche Cooperativen gelegt.

Während meines Aufenthaltes in Grenada hatte ich Gelegenheit, drei Cooperativen zu besuchen. Die erste liegt in St. David's, umfaßt 40 acres und produziert Zitrusfrüchte, Kakao, Papayas, Avocados, Bananen, Brotfrüchte und Muskatnüsse. Wie in allen hiesigen Cooperativen wird auch hier eine Diversifizierung angestrebt. Die Cooperative besteht aus fünf Mitgliedern, die jeweils einen Manager aus ihrer Gruppe für eine bestimmte Zeitdauer wählen. Zur Erntezeit werden zusätzlich Arbeitskräfte beschäftigt. Alle Mitglieder sind an den Entscheidungsprozessen beteiligt, erhalten gleichen Lohn und am Jahresende eine Prämie aus den Erträgen. Die Mitglieder besuchen Kurse zur Verbesserung ihrer politischen und Allgemeinbildung, wobei besonderes Gewicht auf Fragen der Cooperativenwirtschaft gelegt wird.

Die zweite von mir besuchte Cooperative befindet sich in St. Andrew's in der Nähe von Grenville. Dort werden traditionelle Nahrungsmittel wie Kokosnuß, Bananen und Papayas angebaut. Verstärkte Anstrengungen zielen darauf, den Anbau von Tomaten und Auberginen zu vergrößern, um sowohl den Eigenbedarf als auch den Export zu ergänzen. Diese Cooperative existiert seit 1979, und nachdem eine benachbarte Cooperative sich als weniger erfolgreich erwies, schlossen sich beide zusammen in der Absicht, die größeren Erfahrungen und den Erfolg der ersteren auf beide zu übertragen.

Die nächste Station war eine ehemalige Diskothek südlich von Grenville, die von einer Gruppe Frauen im August 1982 in eine hübsche und geräumige Holzwerkstatt umfunktioniert wurde. Der „St. Andrew's Women's Workshop“ ist noch keine registrierte Cooperative, jedoch wird mit Unterstützung der NACDA eine baldige Registrierung angestrebt. Die Werkstatt begann ihre Arbeit mit der Herstellung von Kinderspielzeug, Holzbetten, Schreibtischen und anderen Möbeln. Gegenwärtig werden verschiedene Sorten von Stühlen für das Gesundheits- und Bildungsministerium hergestellt; auf weitere Aufträge insbesondere vom Bildungsministerium wird gehofft. Zur Zeit arbeiten fünf Frauen und drei Männer in der Gruppe, die als Anfang 20 sind. Ihre Löhne variieren entsprechend ihrer Ausbildung und Verantwortung, denn das scheint ihr kollektives Bewußtsein nicht zu beeinträchtigen. Alle Arbeiter nehmen an den Diskussionen teil, die die Arbeitspläne und die Produktion betreffen. Jeder hat einen bestimmten Verantwortungsbereich, wie z.B. Management oder Kassenführung. In Grenada wird heute besonderer Wert darauf gelegt, daß alle Leute ihre erlernten Fähigkeiten an andere weitergeben. Deshalb kommen regelmäßig Schulklassen zu dieser Cooperative, um praktisch zu lernen. Ich war überrascht, Männer in einer Frauenwerkstatt arbeiten zu sehen; aber die Tatsache, daß eine Gruppe von Frauen ein Projekt in einem traditionellen Männerbereich gestartet hat, ist schon ein großer Schritt, und darüberhinaus ist Kooperation erstes Gebot.

Ohne Zweifel hat mein Besuch verschiedener Cooperativen einen positiven und optimistischen Eindruck hinterlassen. Es wäre unrealistisch zu behaupten, alle Probleme seien gelöst — NACDA jedoch bemüht sich, die bestehenden Unzulänglichkeiten zu beseitigen. Im Anfangsstadium einer Cooperative stellt NACDA Kredite zur Verfügung und bietet durch eine Marktanalyse Absatzmöglichkeiten für die Produkte an. Daneben werden Grundkenntnisse über die Funktionsweise einer Cooperative, über Kassen- und Buchführung sowie Management vermittelt. Eine der Hauptschwierigkeiten in der landwirtschaftlichen Bebauung des Bodens liegt in der Bewässerung. Ein anderes Problem liegt darin, die entsprechenden Pflanzen und Düngemittel zur Verfügung zu stellen. In solchen Fällen kann NACDA das Know-how liefern.

Die Cooperativwirtschaft steht in Grenada noch in ihren Anfängen und spielt eine ziemlich geringe Rolle in der Gesamtwirtschaft. Der Anfang ist jedoch ermutigend, und zusammen mit dem revolutionären Bewußtsein in Grenada ist die Basis geschaffen, die Ideen der Cooperativwirtschaft weiterzuentwickeln und auszubauen.

In der vergangenen Woche begannen in Genf die Gespräche zwischen den im Libanon kämpfenden Parteien. Die Gespräche, die länger andauern werden, deren Erfolgsaussichten man nicht allzu hoch einschätzen sollte, werden wir in späteren Ausgaben des Roten Morgen noch kommentieren. An dieser Stelle veröffentlichen wir eine Stellungnahme der Informationsstelle Palästina aus dem Palästina-Bulletin, (dem in Westdeutschland erscheinenden Nachrichtendienst der PLO), 43/83 vom 28.10.83 zu den Bombenanschlägen auf die Hauptquartiere der französischen und amerikanischen Imperialisten in Beirut.

Das Attentat

Es gibt wenig Beteiligte im libanesischen Dauerkonflikt, für die sich kein Grund finden ließe, ein derartiges Attentat auf die Marines und die französischen Truppen in Beirut zu verüben. Die Spekulation über die Urheber des Anschlages — reichen sie nun vom syrischen zum israelischen Geheimdienst, von drusischen Milizen bis zu den shiitischen Anhängern des Ayatollah Khomeini —dürfen in diesem Fall so müßig sein wie bei früheren Explosionen von Autobomben in Libanon.

Die USA und Frankreich haben sich aus machtpolitischen Erwägungen und Interessen in den libanesischen Sumpf gewagt. Und sie haben — gerade auch militärisch — Partei ergriffen für den Gemayel-Clan und die Vorherrschaft der Falangisten. Sie sind Mitwirkende und mithin auch Opfer der libanesischen Zustände. Die Verantwortung hierfür liegt bei den Regierungen in Washington und Paris. Der französische Verteidigungsminister Hernu scheint sich dessen bewußt zu gewesen zu sein, als er sagte, der Job des Soldaten schließe den Tod nun mal nicht aus. US-Präsident Reagan dürfte da kaum anderer Meinung sein, wie der Überfall der US-Navy auf Grenada zeigt. Allen voran beweist die US-Administration ihre Bereitschaft und Entschlossenheit zu aggressiven militärischen Abenteuern, um ihren Herrschaftsbereich abzusichern oder auch auszudehnen.

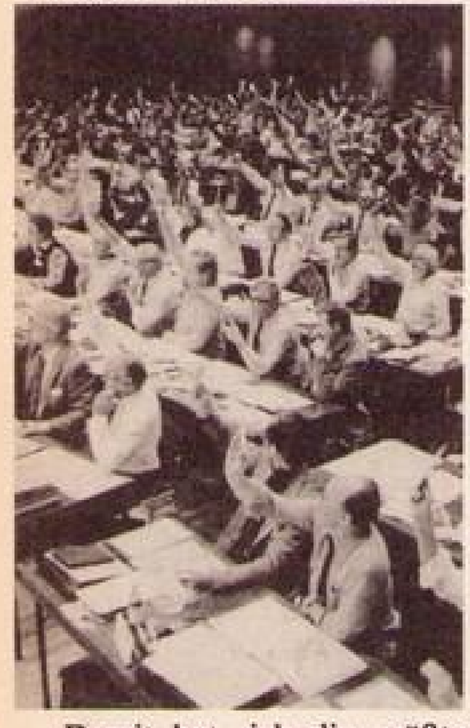
Diese Politik eskalierender Konfrontation wird im Nahen Osten nicht ohne Folgen bleiben. Es darf als sicher gelten, daß die USA trotz internen Disputs ihr militärisches Engagement in dieser Region nicht verringern werden. Und der Gedanke, diese durchaus auch militärische Schlappe wieder wettzumachen, liegt dieser US-Regierung so fern nicht. Die 280 getöteten amerikanischen und französischen Soldaten sind da nur eine, wenn auch bittere Zwischenbilanz. Daß die ausländische Intervention nicht zu Nutzen des Libanon und noch weniger um des Friedens willen geschieht, dafür sprechen die Ereignisse in Nicaragua und jetzt auch in Grenada eine allzu blutige Sprache.

Bei den Gewerkschaftstagen Druck und Post:

Medienpolitische Offensive

Die vor kurzem stattgefundenen Gewerkschaftstage der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und der Industriegewerkschaft Druck und Papier (IG-Dru-Pa) haben neben den Themenschwerpunkten Arbeitsplatzsicherung, Arbeitszeitverkürzung, sozialpolitischen und tarifrechtlichen Fragen auch wichtige Beschlüsse zur Medienpolitik gefaßt. Beschlüsse, die sich aufkommenden, absehbaren Entwicklungen entgegenstellen, die Gegenmacht zur kapitalistischen Medienpolitik schaffen sollen.

Der Kongreß der IG Druck in Nürnberg hat bei nur einer Gegenstimme beschlossen, eine einheitliche Mediengewerkschaft aufzubauen. In der ersten Stufe soll diese neue DGB-Gewerkschaft bis 1985 stehen.



Damit hat sich die größte aller gewerkschaftlichen Organisationen aus dem vielfältigen Bereich Medien, Druck, Kultur, Publizistik, Papier, Rundfunk, Film und Kunst für eine Fusion mit anderen und den Aufbau einer einheitlichen Organisation ausgesprochen. Bisher existieren nämlich sehr verschiedene Interessenvertretungen. Neben der IG Druck sind das vor allem die DGB-Gewerkschaft Kunst mit acht Einzelverbänden, wovon die Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) mit etwa 20000 Mitgliedern die größte ist. Daneben gibt es noch den Deutschen Journalistenverband (DJV) und eine ganze Reihe berufsständischer Organisationen wie der organisierten Komponisten und bildenden Künstler oder auch die Fachgruppe Bühne, Film, Fernsehen (BFF) in der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG).

Von den Organisationen im DGB haben sich bisher lediglich die in der DGB-Gewerkschaft Kunst zusammengeschlossene Deutsche Orchestervereinigung (DOV) und die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger (GDBA) kritisch den Plänen einer einheitlichen Mediengewerkschaft gegenüber geäußert. Der Deutsche Journalistenverband, dem 13.000 Journalisten angehören, hat noch keine Stellungnahme abgegeben. Mit dieser dann doch insgesamt sehr breiten Unterstützung sollte es doch bald etwas werden. Nach dem Willen der Initiatoren von der IG Druck sollte die neue Mediengewerkschaft sich dafür einsetzen, daß

- „die Interessen der IG-Druck-Mitglieder in der neuen Großorganisation auf der bisherigen politischen Linie vertreten und verfolgt werden", und daß
- „die Eigentumsverhältnisse bei den privatwirtschaftlichen kommerziellen Medien geändert werden."

Ein zweiter wichtiger Punkt im Rahmen der Beschlüsse zur Medienpolitik waren die Fragen zu den neuen Kommunikationstechniken, und den daraus entstehenden Folgen. Der Kongreß der IG Druck sprach sich z.B. einstimmig dafür aus, staatliche Förderung für neue Kommunikationstechniken nur einzusetzen, „wenn zuvor die Rahmenbedingungen zur Verhinderung unsozialer Folgen geschaffen wurden". Das zielt einmal auf mehr Mitspracherechte der Betriebs- und Personalräte hin, aber auch auf die Schaffung publizistischer Mitbestimmungsrechte. Ferner verlangte die IG Druck, daß die neuen elektronischen Massenmedien nicht in die Hände privater Programmanbieter gelangen dürften, gegen die laufenden Verkabelungsprojekte sprachen sich die Delegierten ebenfalls aus.

Der Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) fand in Hannover statt. Auch hier wurden wichtige Beschlüsse zur Medienpolitik gefaßt. Neben den vielen arbeitsplatzpolitischen und tarifrechlichen Fragen gingen die Delegierten auch auf schon vielerorts laufende Verkabelung ein. Anders als die IG Druck oder auch die IG Metall haben sich die Post-Gewerkschaftler nicht für einen „Ausstieg" aus der Verkabelung ausgesprochen. Nach Auffassung der Postgewerkschaft ist die BRD bereits mit mehr als 23 Millionen Fernsprechanschlüssen mit einem leistungsfähigen Netz verkabelt. Hinter der Verkabelungspolitik des Postministers Schwarz-Schilling, der auf dem Kongreß übrigens viele Pfiffe erhielt, sieht die DPG aber ein „strategisches Element, um radikal die medienpolitische Landschaft zu verändern und das öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehsystem zu sprengen". Nach Meinung der DPG-Delegierten muß das gesamte Rundfunk- und Fernsehverteilnetz, aber auch ein für später geplantes Glasfasernetz bei der Post bleiben. Nur so sei weitgehend das Fernmeldegeheimnis, der Datenschutz und öffentliche Kontrolle gewährleistet.

Eine nicht gehaltene Rede:

„Schnipp, schnapp, schnippedischnapp . . ."

Der Fernsehjournalist Wolfgang Moser, Redakteur beim Südwestfunk und Mitarbeiter bei „Report" Baden-Baden, hatte einen von der Ärztevereinigung „Hartmannbund" gestifteten Fernsehpreis bekommen. Eine Dankrede, die er halten wollte, durfte nichts Kritisches über die Fernsehanstalten enthalten. Wolfgang Moser schrieb seine Rede trotzdem so wie er es sich dachte, er konnte sie nicht halten. Wir veröffentlichen sie im Wortlaut, weil sie viel über das enthält, was heute in den Funk- und Fernsehanstalten schon Alltag geworden ist — über Zensur:

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich bedanke mich für die Verleihung des Film- und Fernsehpreises 1983 des Hartmannbundes.

Ursprünglich hatte ich es mit diesem Satz bewenden lassen wollen. Der jüngste Krach um das Fernsehmagazin Report Baden-Baden, dessen Redaktion ich seit fünf Jahren angehöre, veranlaßt mich, nun doch etwas mehr zu sagen.

Sie sehen vor sich einen Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems. Was Sie, selbst mit Ihrem medizinisch geschulten Blick, nicht sehen können, ist die „gewisse Schere" in meinem Kopf, die ich auf Geheiß meines Intendanten zu tragen habe.

Die Chriurgen unter Ihnen werden sagen: Eine Schere im Magen — das kann ja schon einmal vorkommen, aber eine Schere im Kopf?!

Und doch ist es so. Da hat er ausnahmsweise mal recht, mein Intendant, wenn er feststellt, die Großhirne der öffentlich-rechtlichen Journalisten bedürften zwingend dieses Instruments.

Zu Ihrer Beruhigung: So eine Schere im Kopf tut überhaupt nicht weh. Ja, ich kann Ihnen versichern, eigentlich spüre ich das Ding schon gar nicht mehr. Nur nachts gibt es manchmal Probleme. Kürzlich träumte ich, ich saß im Studio vor der Fernsehkamera und war gerade im Begriff, den unausgewogenen Ausruf zu tun: „Verstärkt die Friedensbewegung! Gegen die Kriegsgefahr in Europa!" — da sei ich, so sagte später meine Frau, plötzlich hochgefahren und habe — nunmehr ganz im Sinne öffentlich-rechtlicher Ausgewogenheit — den Satz hervorgestoßen: „Die Friedensbewegung verstärkt die Kriegsgefahr gegen Europa!"

Tagsüber jedoch arbeitet meine Schere wie geschmiert. Schnipp, macht sie, und schon verwandelt sich die „Terrorismus-Hysterie" in meinem Manuskript zu „hysterischen Terroristen". Schnapp, macht die Schere, und aus einem „Überwachungsstaat" wird unversehens ein „wachsamer Staat". Schnipp-schnapp und schon ist das Thema „Die Machenschaften der Pharma-Industrie: ‚Das macht uns zu schaffen!'" Schnippdischnapp, so geht die Schere, Modell „Hilf" 1), unermüdlich. Nur selten noch kommt es vor, daß einer der Kollegen zum Nachschleifen antreten muß beim ersten Scherenschleifer des Hauses, gemeinhin auch Intendant genannt. Denn der, ein ehemaliger Staatskanzlist, beherrscht sein Handwerk meisterhaft. Womit freilich nicht behauptet werden soll, in den anderen Funkhäusern des Landes stehe diese Kunst womöglich weniger in Blüte. Bewahre!

Erwähnen möchte ich nur das berühmte Hamburger Modell „Räuker" 2), mit dessen Hilfe es gelungen ist, etwa „Tagesschau" und „Tagesthemen" auf konservatives Wendeformat zurückzuschneiden. Strittig ist nur, ob dies ebenso geräuschlos gelungen wäre, wenn der Chef dieser beiden Redaktionen, ein gewisser Gruber, nicht eine besonders ausgeprägte Kopfschere sein eigen nennen würde.

Interesse verdient auch das bayerische Scherenmodell „Vöth"3), eine besonders scharfe, aber gerade deswegen auch leichtgängige Schere. Sie arbeitet völlig widerstandslos!

Großer Beliebtheit und Verbreitung bei den Mitarbeitern erfreut sich auch das Mainzer Modell „Stolte"4), berühmt durch sein raffiniert-elegantes Styling und seine nahezu perfekte Geräuschlosigkeit.

Peinlich, wirklich peinlich ist nur, daß immer noch solche Pannen vorkommen wie jetzt wieder in meiner Redaktion, bei Report Baden-Baden. Dabei sollten die öffentlich-rechtlichen Scherenschleifer doch nun wirklich begriffen haben, wie der hin und wieder notwendige Scherenwechsel in den Köpfen ihrer Mitarbeiter ohne Aufhebens zu bewerkstelligen ist.

Ein solcher Wechsel ist leider immer dann notwendig, wenn einer der Scherenträger — wie jetzt etwa Franz Alt — plötzlich und meist völlig unerwartet aus dem allgemeinen Geklapper auszuscheren versucht. Zwar bemühen sich unsere Medienexperten seit Jahren verzweifelt, die Ursachen dieser unangenehmen Pannen herauszufinden — bisher leider vergeblich. Solange aber dieses Problem nicht grundlegend gelöst ist, können solche Pannen nur durch das Auswechseln der alten gegen eine neue Schere behoben werden.

Geschickte Wechsler unter den öffentlich-rechtlichen Scherenschleifern machen das längst so perfekt, daß nicht einmal mehr der betroffene Mitarbeiter, geschweige denn seine Kollegen oder gar die Öffentlichkeit etwas davon merken.

Nur der Baden-Badener Scherenschleifer Hilf benimmt sich bei dieser Prozedur nach wie vor so tolpatschig, daß jedesmal die gesamte Öffentlichkeit erschrocken nach Baden-Baden blickt, was denn da nun schon wieder los sei. Er wird es nie lernen! Unbegreiflich, daß diejenigen, die ihn zum Scherenschleifer ausgebildet haben, eine derartige Langmut zeigen. Längst gehörte er durch einen geschickteren Schleifer ersetzt.

Ein Trost nur! Wenn sich die aufgeschreckte Öffentlichkeit erst einmal wieder beruhigt haben wird — und erfahrungsgemäß geht das sehr schnell —, dann wird man es wieder ungestört hören können, dieses vertraute Geräusch aus den öffentlich-rechtlichen Funkhäusern: schnipp, schnapp, schnippedischnapp . . .

FERNSEHREDAKTEUR IST HEUTZUTAGE EIN SCHEISS-JOB, SAG' ICH DIR...



JEDESMAL, WENN DIE MIR EINEN BEITRAG ZENSIEREN, KRIEG' ICH 'NE STINKWUT IM BAUCH!



UND WIRD DANN MAL EINER OHNE JEDEN SCHNITT GESENDET, ...



... FRAG' ICH MICH, OB ICH SCHON SO EIN ANGEPASSTES ARSCHLOCH BIN!



1) Willibald Hilf, Intendant des Südwestfunks, Baden-Baden.
2) Friedrich Wilhelm Räuker, Intendant des Norddeutschen Rundfunks, Hamburg.
3) Reinhold Vöth, Intendant des Bayrischen Rundfunks, München.
4) Dieter Stolte, Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens, Mainz.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Bever, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr,

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.